

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Günther Nollau

Das KPD-Verbot aufheben?

Gerhard Wettig

Der Dialog
zwischen SPD und SED
in der kommunistischen
Deutschlandpolitik

B 9/67

1. März 1967

Günther Nollau, Dr. jur., geb. 4. Juni 1911 in Leipzig, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Veröffentlichungen u. a.: „Die Internationale — Wesen und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln 1959 (englisch-amerikanische Ausgabe 1961, spanische 1964, koreanische 1965); Rote Spuren im Orient (zus. mit H. J. Wiehe), Köln 1963 (englisch-amerikanische Ausgabe 1963); Zerfall des Weltkommunismus, Köln 1963.

Gerhard Wettig, Dr. phil., geboren 1934 in Gelnhausen/Hessen, Studium der Geschichte, Slavistik und Politikwissenschaft, Wiss. Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen (im Erscheinen begriffen): Die Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung Deutschlands 1943—1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, in: Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Band 25; Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917. Von der Februarerhebung bis zu den Julikrisen, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 12.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das KPD-Verbot aufheben?

Breite Schichten für Aufhebung des Verbots?

Vor zehn Jahren ist die KPD durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten worden. Dieses Urteil war nicht das erste gegen eine politische Partei in der Bundesrepublik, und es enthielt nicht das erste Verbot der KPD. Schon 1952 war die Sozialistische Reichspartei verboten worden, eine rechtsradikale Organisation. Die KPD hatte schon zwei Verbote überlebt: 1923/24 war sie einige Monate verboten gewesen. Das zweite Verbot hatte von 1933 bis 1945 gedauert. Die Antwort der KPD auf das dritte Verbot: „Trotz Verbot nicht tot“, war also historisch fundiert. Und dennoch unterschied sich dieses Verbot von den vorhergehenden: Es war als Abschluß eines rechtsstaatlichen Verfahrens erlassen worden.

Im November 1951 war der Antrag der Bundesregierung gestellt worden. Der Prozeß hatte nahezu fünf Jahre gedauert, und in ihm war der KPD jede Möglichkeit gewährt worden, sich zu verteidigen. Von ihren Einwendungen seien nur zwei angeführt, die heute wiederkehren. Man dürfe die KPD nicht verbieten, so lautete der erste Einwand der beklagten Partei, weil sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Und das zweite Argument war: Ein Verbot der KPD dürfe nicht ausgesprochen werden, weil es die Wiedervereinigung hindere und daher verfassungswidrig sei.

Von Anfang an hat sich die KPD bemüht, die Aufhebung des Verbots zu erreichen. Zunächst fand sie kaum Resonanz. In den letzten Jahren haben aber führende Kommunisten es verstanden, gewisse Kreise zu bewegen, sich öffentlich gegen das Verbot zu wenden. Gestützt auf Äußerungen von Kirchenmännern wie Martin Niemöller, Professoren wie Helmut Ridder, Schriftstellern wie Erich Kuby versucht die KPD, den Eindruck zu erwecken, daß

breite Schichten die Aufhebung des Verbots forderten. Das ist jedoch nicht so. Woran läßt sich die Resonanz einer Partei besser ablesen als an Wahlergebnissen? Wir haben diesen Maßstab, obwohl die KPD selbst seit dem Verbot an Wahlen nicht teilgenommen hat. Schon vorher, als in der Bundestagswahl von 1953 noch Stimmen für Kandidaten der KPD abgegeben werden konnten, hatte die Partei mehr als 50 % der Wähler verloren, die 1949 für sie gestimmt hatten. An den Bundestagswahlen von 1961 und 1965 hat eine Partei teilgenommen, bei deren Gründung Kommunisten mitgewirkt haben, eine Partei, die von der KPD mit allen Mitteln unterstützt worden ist und zu deren Wahl SED und KPD aufgerufen hatten: die Deutsche Friedens-Union (DFU). In beiden Jahren, 1961 und 1965, enttäuschte das Wahlergebnis nicht nur die DFU, sondern auch die führenden Kommunisten. 1961 erhielt die DFU nur 1,9 % der Stimmen. 1965 sank ihr Anteil auf 1,3 %. Bei dieser Wahl gaben

Gerhard Wettig:

Der Dialog zwischen SPD und SED in der kommunistischen Deutschlandpolitik .. S. 13

der Friedens-Union nur 434 000 Wähler ihre Stimme, weniger als 1953, als noch 607 000 für die KPD gestimmt hatten. Angesichts der Zunahme der Stimmberechtigten durch junge Wähler war das Ergebnis niederschmetternd für die KPD, die einsehen mußte, daß ihren Parolen nur wenige Neuwähler gefolgt waren. Die amtliche Statistik bestätigte das. 60 % der DFU-Wähler waren älter als 45 Jahre. Nur 13 % ihrer Wähler gehörten zu den 21—30-jährigen.

Die Rechtslage

Weit mehr öffentliche Resonanz als die Forderung der KPD, das Verbot aufzuheben, fanden entsprechende Äußerungen demokratischer Politiker. Ein Ministerpräsident eines Bundeslandes hat erklärt, durch das Verbot habe man die KPD „nur“ in den Untergrund getrieben. Ihm sei es lieber, mit offenem Visier zu kämp-

fen. Daher sei er gegen das Verbot. Ferner hat sich kürzlich, wenn man Presseberichten trauen darf, ein Bundesminister für die Aufhebung des Verbots mit den Worten ausgesprochen: „Es ist besser, den ganzen Eisberg zu sehen, als nur das kleine Stück, das über dem Wasser schwimmt.“

Ein anderes Argument, das man oft hört, ist folgendes: 1951, als die Bundesregierung den Antrag stellte, sei der Koreakrieg im Gange gewesen, ein Krieg, den der kommunistische Norden Koreas begonnen habe. Damals habe man in der Tat eine Aggression aus der sowjetischen Besatzungszone befürchten können. Zu jener Zeit sei das Bestreben, die KPD auszuschalten, verständlich gewesen. Heute aber habe sich herausgestellt, daß der Kommunismus in der Bundesrepublik die Massen nicht anzieht, also keine Gefahr bedeute. Auch habe sich nach Stalins Tod der Kommunismus geändert. Sein Ziel, den Sozialismus, strebe er auf friedlichem Wege an. Die KPD sei daher nicht mehr verfassungswidrig.

Weiter wird argumentiert, daß es undemokratisch sei, eine Partei zu verbieten. Nur Diktaturen wie Spanien und Portugal hätten ähnliche Verbote. In England, Frankreich und Italien komme man mit den kommunistischen Parteien doch ganz gut aus.

Ehe auf diese Argumente einzugehen ist, sei einiges zur Rechtslage gesagt, zu den Möglichkeiten, das Verbot aufzuheben. Das Urteil

des Bundesverfassungsgerichts ist rechtskräftig. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht nicht vorgesehen. Selbst wenn materiell die Voraussetzungen einer Wiederaufnahme des Verfahrens vorlägen, könnte sie bei diesem Gericht nicht durchgeführt werden. Nach überwiegender Ansicht könnte das Verbotsurteil nur durch ein verfassungsänderndes Gesetz des Bundestages aufgehoben werden. Die praktischen Aussichten eines solchen Gesetzes sind zweifellos gleich null. Bundeskanzler und Innenminister haben sich gegen die Aufhebung des Verbots ausgesprochen. Die SPD hat zwar früher erklärt, der Verbotantrag sei unzumutbar gewesen. Sie hat aber von jeher die Ansicht vertreten, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei begründet, und es müsse respektiert werden.

Eine andere Möglichkeit wäre die, das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht zu ändern, um ein Wiederaufnahmeverfahren gegen die Urteile dieses Gerichts einzuführen. Ob danach die KPD eine Aufhebung des Verbots erreichen könnte, wird später zu erörtern sein.

KPD führt heute ein Schattendasein

Noch ein Wort zu der Frage: Haben sich die Erwartungen erfüllt, die man an das Verbot geknüpft hat? Hat sich das Verbot als Mittel der Bekämpfung des Kommunismus in der Bundesrepublik bewährt? Diese Frage könnte verneinen, wer für bare Münze nimmt, was Max Reimann, der Vorsitzende der KPD, kürzlich in Wien geäußert hat. Er behauptete, seit dem Verbot im Jahre 1956 sei die KPD stärker geworden. Er, Reimann, bestreite seinen Lebensunterhalt aus Parteispenden. Allein im August seien in der Bundesrepublik für den KPD-Kampffonds 15 000,— DM gesammelt worden. Daran ist nur eins richtig: Reimann bestreitet seinen Lebensunterhalt in der Tat aus Parteispenden, er lebt von den Gaben der SED. Im übrigen zeigen schon die oben angeführten Wahlergebnisse, daß der Anhang der KPD in der Bundesrepublik nicht gewachsen ist.

Heute hat die kommunistische Partei in der Bundesrepublik etwa 7000 Mitglieder, 1956, zur Zeit des Verbots, waren es 65 000. Vor dem Verbot hatte die KPD etwa 1400 Betriebsgruppen, bei 96 000 Betrieben, die in der Bundesrepublik bestehen, macht diese Zahl deutlich, wie schwach die Position der Kommunisten in den Fabriken schon damals — wie übrigens auch 1933 — war. Heute ist dort die

Lage für sie noch wesentlich schlechter. Sie hatte im Jahre 1966 nur etwa 100 Betriebsgruppen. Vor dem Verbot erschienen etwa 500 kommunistische Betriebszeitungen, heute sind es etwa 70.

Die Spitze der KPD, heute Zentralkomitee genannt, funktioniert nur, weil die hohen Funktionäre nach Ostberlin geflohen sind, wohin sie schon vor dem Verbot die wichtigsten Parteiakten verlagert hatten. Die zentrale Parteizeitung „Freies Volk“ wird nicht in der Bundesrepublik gedruckt, weil ihre Herstellung in den Jahren nach dem Verbot wiederholt durch Exekutivmaßnahmen unterbunden worden ist. Heute läßt die KPD ihre Zeitung in drei gleichlautenden Ausgaben in Frankreich, Österreich und in der Sowjetzone drucken und von dort aus durch die Post in die Bundesrepublik versenden. Städte in Frankreich, Österreich und anderen Nachbarstaaten der Bundesrepublik werden von den KP-Funktionären aus Ost-Berlin als Trefforte mit ihren westdeutschen Genossen benutzt.

Wahlergebnisse und Mitgliederschwund sind nur ein Spiegelbild der bescheidenen Resonanz, den der Kommunismus heute in der deutschen Arbeiterschaft hat. Dieser Verlust an Anziehungskraft hat seine Ursache nicht

nur in dem Verbot. Er beruht auch nicht allein auf der günstigen wirtschaftlichen Lage. Die wichtigste Ursache scheint zu sein, daß Millionen Deutsche als Soldaten, als Gefangene, als Vertriebene oder als Einwohner der Sowjetzone die Wirklichkeit des Kommunismus selbst erlebt oder aber von Brüdern, Schwestern oder Freunden darüber gehört haben. Diese Erfahrungen wurden bestätigt durch die Blockade von Berlin, den Koreakrieg, den Aufstand vom Juni 1953, den ungarischen Volksaufstand, die Herabsetzung Stalins und schließlich durch die Art, wie Chruschtschow sang- und klanglos in der Versenkung verschwand. Dazu kommen noch andere Ursachen für das geringe Ansehen des Kommunismus. Der Vergleich seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mit der eines gemäßigten kapitalistischen Systems ist in Deutschland sehr zum Nachteil des Kommunismus ausgefallen. Ulbricht hat einige Male angekündigt, die Bundesrepublik wirtschaftlich überholen zu wollen; aber bei der Ankündigung ist es geblieben. Viele Deutsche in Ost und West wissen das.

Die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik sind befriedigend. Die Arbeiter sind mit ihren Lebensbedingungen im allgemeinen zufrieden. Nichts zeigt das deutlicher als die geringen Verluste an Arbeitsstunden durch

Als die SED 1946 gegründet wurde, hat sie sich von vornherein als Vorhut der Arbeiterklasse in ganz Deutschland bezeichnet. Das war keine Redensart. Die SED hat vielmehr von Anfang an die Führung aller deutschen Kommunisten beansprucht und sie bis heute ausgeübt. Damit hat die KPD nicht nur die Politik machen müssen, die ihr von der SED vorgeschrieben wurde. Ihr sind auch vor und nach dem Verbot alle finanziellen Mittel vom sowjetzonalen Regime gestellt worden. Auf diese Weise konnte die KPD, eine kleine Partei von wenigen Tausend Mitgliedern, nicht nur eine erhebliche Anzahl hauptamtlicher Funktionäre, ein Hauptquartier in Ost-Berlin, eine illegale Organisation und einen Propagandaapparat in der Bundesrepublik unterhalten; sie wurde vielmehr auch auf jede sonstige Weise vom SEZ-Regime unterstützt. Sie erhielt einen Sender in der Sowjetzone, den Freiheitssender 904. Ihre Funktionäre können außerdem über den Deutschlandsender sprechen. Der sowjetzonale Fernsehfunk überläßt der KPD Sende-

Streiks, mit denen die Bundesrepublik weit unter den Zahlen für die USA, England und Frankreich liegt.

Unter diesen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen traf das Verbot die KPD schwer. Bis heute hat es sich bewährt.

Ein Verbot ist kein Allheilmittel gegen eine gefährliche politische Bewegung, besonders nicht gegen eine Partei, die Massen hinter sich hat. Aber eine solche Partei war die KPD schon zur Zeit des Verbots nicht, und sie hat kaum Aussicht, es zu werden. Zu dieser Einsicht sind in den letzten Jahren auch die Kommunisten gelangt, die sich ursprünglich Illusionen über ihre Anhängerschaft gemacht hatten. Jetzt hoffen sie auf eine große Wirtschaftskrise, die nach marxistischer Ansicht die kapitalistische Wirtschaft unweigerlich befallen muß. Führende Kommunisten rechnen damit, eine solche Krise werde die Massen in ihre Arme treiben. Wie die Lage sich entwickeln würde, wenn eine solche Krise zum Beispiel Massenarbeitslosigkeit hervorriefe, ist nicht vorauszusehen. Mit Sicherheit kann man aber sagen, daß die deutschen Kommunisten in Ost und West über Mittel verfügen werden, radikale Neigungen der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik anzufachen und auszunutzen. Wohlgedenkt, die Kommunisten in Ost und West verfügen über solche Mittel.

Steuerung durch die SED

zeiten. Die sowjetzonale Staatspartei hat der KPD ferner geheime Quartiere und Besprechungsräume in Ost-Berlin und Schulungsstätten jeder Art in der Zone überlassen. Und schließlich rollt jeden Monat eine Druckschriftenwooge von mehreren Millionen Exemplaren aus der Sowjetzone über die Demarkationslinie. Sie kommt zwar nicht von der KPD, aber sie dient der kommunistischen Politik, deren Werkzeug auch die KPD ist.

Im Falle einer Krise würden die KPD und das SBZ-Regime mit ihren großen materiellen Mitteln jede kritische Situation in der Bundesrepublik weit wirksamer ausbeuten können als eine kleine Partei, die ihre Hilfsmittel selbst aufzubringen hätte. Darin liegt eine potentielle Gefahr, die die KPD trotz ihrer heutigen Schwäche darstellt.

Das ist der Hintergrund, vor dem sich die Diskussion über das Verbot abspielt. Was ist zu den Argumenten zu sagen, die vorgebracht wurden?

Auch legale KPD würde Untergrundarbeit fortsetzen

1. Da sind zunächst demokratische Politiker, die meinen, durch das Verbot sei die KPD „nur“ in den Untergrund getrieben worden. Ein Gegner, der mit offenem Visier kämpfe, sagen sie, sei vorzuziehen. Wer so argumentiert, verrät seine Unkenntnis der Praktiken des Kommunismus. Die KPD war schon im Untergrund, bevor die Bundesregierung ihren Verbotsantrag stellte. Sie bemühte sich, ihre Abhängigkeit vom ZK der SED zu verbergen. Teile ihrer Organisation waren damals schon dazu bestimmt und ausgebildet, die Weisungen der SED, deren Geld, Funktionäre und Propagandamaterial heimlich über die Grüne Grenze zu bringen und innerhalb der Bundesrepublik zu verteilen. An dieser Lage hat sich bis heute nichts geändert. Auch bei Aufhebung des Verbots würde die KPD einen Teil ihrer Organisation im Untergrund arbeiten lassen. Wer offen kämpfen will, muß sich andere Gegner suchen als Kommunisten.

Das Argument, es sei besser, den ganzen Eisberg zu sehen als nur ein kleines Stück über dem Wasser, aus Zweckmäßigkeitsgründen solle also das Verbot aufgehoben werden, ist gleichfalls nicht durchschlagend. Es basiert auf der irrigen Annahme, den Eisberg unter Wasser könne man nicht sehen. Die Leute des Verfassungsschutzes sehen ihn jeden Tag und

einige von ihnen — um im Bilde zu bleiben — wohnen sogar auf ihm, auch unter Wasser.

Überdies ist die Frage der Aufhebung des Verbots — heute, da ein rechtskräftiges Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegt — keine Zweckmäßigkeitsfrage mehr, sondern ein staatspolitisches Problem von erheblicher Tragweite. Davon wird am Schluß noch die Rede sein.

2. Ein anderes Argument lautete: 1951, in der Zeit des Koreakrieges, sei die Furcht verständlich gewesen, die KPD werde eine Aggression aus der SBZ unterstützen. Heute dagegen habe sich herausgestellt, daß die KPD keinen Masseneinfluß habe, also keine Gefahr darstelle. Also sei das Verbot nicht erforderlich. Dazu folgendes: Die grundlegende Rechtsvorschrift für das Verbot ist Artikel 21 des Grundgesetzes. Danach ist eine Partei verfassungswidrig, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen. Die *Gefährlichkeit* einer solchen Partei ist kein Tatbestandsmerkmal. Sie kann auch dann schon verboten werden, wenn sie noch nicht akut gefährlich ist. Mit dem Argument, die KP sei nicht gefährlich, ist also an dem Verbotsurteil nicht zu rütteln.

Die KPD hat sich nicht geändert

3. Andere Gegner des Verbots erklären, der Kommunismus habe sich seit Stalins Tod geändert. Sein Ziel, den Sozialismus, strebe er auf friedlichem Wege an. Die KPD sei daher nicht mehr verfassungswidrig.

Gewiß hat sich der Kommunismus seit Stalins Tod verändert. Vor allem ist die monolithische Einheit des Weltkommunismus zerbrochen. Der Kommunismus hat sich aber in der Welt nicht einheitlich verändert, da Moskau nicht mehr allein tonangebend ist. Für unsere Zwecke ist es irrelevant, wo die Ursache der Differenzen zwischen Moskau und Peking liegen oder — um europäischen Boden zu sondieren — ob die Kommunistische Partei Italiens „liberaler“, moderner ist, oder wie immer man will, als ihre französische Bruderpartei. Hier geht es um den deutschen Kommunismus und speziell um die KPD.

Was hatte das Bundesverfassungsgericht über die Ziele der KPD gesagt?

„Die KPD lehnt die grundlegenden Prinzipien des Grundgesetzes ab, da sie sich leidenschaft-

lich zum Marxismus-Leninismus und seinem Endziel, der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung bekennt. Sie versteht diese Lehre nicht nur als wissenschaftliche Theorie, sondern als Anleitung zum revolutionären Handeln.“

„Sie will ihr Endziel über die ‚sozialistische Revolution‘ und die Diktatur des Proletariats erreichen. Insbesondere ihr Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar.“

Soweit das Bundesverfassungsgericht in dem Urteil von 1956. Was aber sagt heute die KPD? Sie bekennt sich nach wie vor zum Marxismus-Leninismus. In der Präambel des neuen Statuts, das 1963 — sieben Jahre nach dem Verbot — angenommen wurde, heißt es, die KPD sei die einzige Partei in der Bundesrepublik, die sich von der Theorie des Marxismus-Leninismus leiten lasse. Die Partei führe „einen unversöhnlichen Kampf ... gegen Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus“.

Aus dem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus folgt, daß die KPD auch heute für die proletarische Revolution und für die Diktatur des Proletariats eintritt. Diese Begriffe enthalten den Kern der Marxschen Lehre, wie Lenin sie interpretiert hat.

Ein ausdrückliches Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats vermeidet die KPD heute, offenbar aus Rücksicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Sie hat aber im November 1960, vier Jahre nach dem Verbot, die Erklärung der 81 kommunistischen Parteien unterzeichnet, in der es heißt:

„Die marxistisch-leninistischen Parteien stehen an der Spitze des Kampfes für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form.“

Der gewaltsame Umsturz steht immer noch auf dem Programm

4. Noch ein paar Worte zur Behauptung der KPD, sie strebe ihr Ziel, die „sozialistische Umwälzung in der Bundesrepublik“, auf „friedlichem“ Wege an: Unter den kommunistischen Parteien hat es heftige Diskussionen gegeben, ob der friedliche Weg zum Sozialismus überhaupt zulässig sei. Das ist verständlich, denn nach der orthodoxen Lehre führt nur der gewaltsame Aufstand zur Revolution. In der schon erwähnten Erklärung der 81 kommunistischen Parteien von 1960 wurde der friedliche Weg neben dem gewaltsamen anerkannt. Demgemäß hat sich auch die KPD 1963 dafür ausgesprochen, den friedlichen Weg zuzulassen. Ein Verzicht auf die Revolution durch Gewalt ist damit nicht ausgesprochen. In der schon erwähnten Erklärung der 81 kommunistischen Parteien von 1960 heißt es darüber:

„Der Grad der Erbitterung und die Formen des Klassenkampfes werden unter diesen Bedingungen nicht so sehr vom Proletariat abhängen als vielmehr von der Stärke des Widerstandes, den die reaktionären Kreise dem Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes entgegensetzen, davon, ob diese Kreise in dieser oder jener Phase des Kampfes für den Sozialismus Gewalt anwenden werden.“

Mit anderen Worten: Wenn wir uns in der Bundesrepublik gegen die kommunistische Machtübernahme zur Wehr setzen, werden die Kommunisten *doch* Gewalt anwenden, sobald sie nur können. Die SED erklärte in ihrem Programm von 1963:

„In der DDR war die Voraussetzung geschaffen für den *friedlichen Übergang* zur sozialisti-

Die KPD hat ihr Bekenntnis zu dieser Erklärung von 1960 im März 1965 als Teilnehmerin des sogenannten Konsultativtreffens von 19 kommunistischen Parteien bestätigt, in dessen Kommuniqué es heißt, die Einheit der kommunistischen Parteien müsse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Linie der Erklärungen von 1957 und 1960 gefestigt werden. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß einige europäische kommunistische Parteien, insbesondere die italienischen, französischen und schwedischen Kommunisten, über die Frage diskutiert haben, ob es nötig sei, den Begriff der Diktatur des Proletariats beizubehalten. Das ist interessant, für uns aber scheint wichtiger, daß sich weder die SED noch die KPD an dieser Diskussion beteiligt haben. Und mit keiner Silbe haben sie sich von der Diktatur des Proletariats als Ziel distanziert.

schen Revolution. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung wurde zur Arbeiter- und Bauern-Macht, zur Diktatur des Proletariats... In Westdeutschland wurde die antifaschistisch-demokratische Umwälzung verhindert und die gesetzmäßige Entwicklung zum Sozialismus durch die Allianz der Besatzungsmächte und der monopolkapitalistischen reaktionären Staatsmacht für *eine gewisse Zeit aufgehalten*.“

Aus diesem Bekenntnis geht eindeutig hervor, daß die SED durch „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ auch zur „Diktatur des Proletariats“ gelangen will, und sie fordert diese Entwicklung auch für die Bundesrepublik. Dementsprechend hat die KPD in ihr Programm folgenden Passus aufgenommen:

„Die neue Zeit des Sozialismus ist mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse der DDR auch in Deutschland angebrochen. Die DDR verkörpert den Frieden und die sozialistische Zukunft der ganzen deutschen Nation.“

Die KPD hält also heute noch an der Notwendigkeit der „sozialistischen Revolution“ fest. Als Wege zu dieser Revolution erkennt sie den „friedlichen“ neben dem „gewaltsamen“ an. Das erste Ziel, das es durch diese Revolution zu erreichen gilt, ist das gleiche geblieben: die Diktatur des Proletariats.

Wer daher behauptet, heute strebe die KPD ihr Ziel auf friedlichem Wege an, sagt nicht die ganze Wahrheit. Die KPD würde diese halbe Wahrheit sicher als Grundlage eines Wiederaufnahmeverfahrens benutzen, sobald

es eingeführt wäre. Weniger die Aussicht auf Erfolg würde die Kommunisten dazu veranlassen, als die Gewißheit, den Gerichtssaal zum Podium ihrer Agitation machen zu können.

In einem solchen Wiederaufnahmeverfahren würde die KPD zweifellos erklären lassen, der gewaltsame Umsturz gehöre einer vergangenen Periode ihrer Strategie an. Diesen Umsturz hatte die Partei, daran darf erinnert werden, noch in ihrem 1952, also während des Prozesses, verkündeten „Programm der nationalen Wiedervereinigung“ gefordert. Wie oben dargelegt, hält die KPD aber an der sozialistischen Revolution im Sinne des Mar-

xismus-Leninismus und an der Diktatur des Proletariats fest. Mögen diese Postulate auch zu Fernzielen geworden sein — im Prozeß gegen die KPD hat das Bundesverfassungsgericht schon entschieden, daß verfassungswidrige Ziele als Grundlage eines Verbots ausreichen ohne Rücksicht darauf, ob die Partei ihre Vorstellungen in absehbarer Zeit verwirklichen kann, und auch ohne Rücksicht darauf, ob sie diese Ziele zur Zeit aus taktischen Gründen verwirklichen will. Das Grundgesetz unterscheidet nicht zwischen Nah- und Fernzielen. Daher wären diese Argumente der KPD auch in einem Wiederaufnahmeverfahren unerheblich.

Verbot ist nicht undemokratisch

5. Ein weiteres Argument hatte gelautet: Das Verbot sei undemokratisch, nur Diktaturstaaten hätten ähnliche Verbote. In Demokratien wie Frankreich und Italien werde man mit den kommunistischen Parteien auch ohne Verbot fertig. Der Vergleich mit Frankreich und Italien wird unserer Lage in einem geteilten Land nicht gerecht. Man sollte fragen: Gibt es ein geteiltes Land in der Welt, dessen einer Teil von Kommunisten beherrscht wird, in dessen anderem Teil die KP nicht verboten ist? Die Antwort lautet: Es gibt zwar geteilte Länder: Vietnam und Korea. Aber in dem freien Teil beider Länder ist die KP verboten, in beiden sind auch Eroberungskriege des kommunistischen Teils gegen den anderen zu bestehen gewesen oder im Gange. Diese Erfahrung sollte zur Vorsicht mahnen, zumal Milowan Djilas im Gefängnis gesessen hat, weil er der westlichen Welt in seinem Buch „Gespräche mit Stalin“ mitgeteilt hat, was 1945 Stalin im vertrauten Kreise ausgesprochen hat, nämlich, daß ganz Deutschland kommunistisch werden müsse. Stalins erster Schritt zur Eroberung ganz Deutschlands war die Blockade von Berlin. Und die deutschen Kommunisten haben ihr Ziel, ganz Deutschland kommunistisch zu machen, nicht etwa aufgegeben. Noch im Dezember 1965 erklärte Max Reimann auf einer Tagung des ZK der KPD: „... die DDR ist nicht nur ein Drittel Deutschlands, sie gehört zu dem Drittel der Welt, das den Sozialismus aufbaut und das den weiteren Gang der Weltgeschichte bestimmt. Von dieser festen Grundlage aus vollzieht sich auch das Einwirken der DDR auf die Bundesrepublik in Richtung der Veränderung des Kräfteverhältnisses...“

Auch der Hinweis, das Verbot der KPD sei undemokratisch, vermag nicht zu überzeugen.

Wenn England geteilt wäre, und der nördliche kommunistische Teil hätte sein Ziel verkündet, ganz England kommunistisch zu machen, wäre keineswegs sicher, ob die Engländer ihre Abstinenz gegenüber Parteiverboten beibehalten würden. In bezug auf Frankreich kann man dagegen ganz sicher sein. Die KP Frankreichs war bereits einmal verboten. Das Verbot wurde im September 1939 ausgesprochen, als die französische KP auf sowjetischen Befehl in der Anfangsphase des Krieges gegen die französischen Kriegsanstrengungen agitierte. Deutschland war damals nach dem Stalin-Hitler-Pakt der Verbündete der Sowjetunion.

Dieses Verbot einer kommunistischen Partei vom Jahre 1939 ist nicht das einzige, das in Frankreich ausgesprochen worden ist. Im Jahre 1950 wurde in unserem Nachbarlande noch eine andere KP verboten, die Spaniens. Die spanischen Kommunisten hatten nach dem Bürgerkrieg aus dem Lande fliehen müssen und waren meist nach Frankreich gegangen. Im Jahre 1950 wurde ihre Tätigkeit der französischen Regierung so lästig, daß sie sich zum Verbot entschloß. So besteht eine merkwürdige Lage: in Frankreich ist die französische KP legal, die Spaniens ist verboten. In der Bundesrepublik ist dagegen die KPD verboten, die KP Spaniens ist dagegen legal, denn wir haben 180 000 Spanier als Arbeiter hier, unter denen die KP Spaniens eine rege Werbung entfaltet.

Zu der Behauptung, das KP-Verbot sei undemokratisch, ist noch folgendes zu sagen: Auf diesen Standpunkt kann man sich stellen, aber dann soll man auch konsequent sein und sagen, das Grundgesetz sei undemokratisch, weil es Parteiverbote vorsieht. Hier darf wiederholt werden: Das Verbot der KPD ist nicht

das einzige Verbot einer politischen Partei, das ausgesprochen worden ist. Noch vor der KPD war die Sozialistische Reichspartei, eine rechtsradikale Partei, verboten worden. Das

Argument, Verbote seien undemokratisch, ist von den Verfechtern der Aufhebung des KP-Verbots gegenüber dem SRP-Urteil noch nicht vorgebracht worden.

Legalitätsprinzip für Parteiverbote?

Einige Verteidiger des seinerzeitigen Entschlusses der Bundesregierung, den Antrag auf Verbot der KPD zu stellen, haben erklärt, die Bundesregierung sei verpflichtet gewesen, den Antrag gegen die KPD zu stellen, weil auch das Verbot der rechtsradikalen SRP beantragt gewesen sei. Damit wird der Bundesregierung im Bereich des Artikels 21 GG eine Art Legalitätsprinzip auferlegt, das für Staatsanwälte gilt, wenn eine strafbare Handlung begangen worden ist. Der Staatsanwalt hat dann nach § 152 StPO die Rechtspflicht, einzuschreiten. Unterliegt die Bundesregierung dem gleichen Prinzip? Diese Forderung ist aus politischen und rechtlichen Gründen unhaltbar.

Man stelle sich vor, eine Partei, gegründet von einigen Wüßhähnen, ohne Erfolge in Wahlen, ohne Resonanz in der Öffentlichkeit, nähme in ihr Programm verfassungswidrige Forderungen auf, das Einparteiensystem, das Führerprinzip u. ä. Die Bundesregierung hätte darüber zuverlässige Informationen und Beweismittel. Wäre sie rechtlich verpflichtet, die Maschinerie des Verbotsverfahrens beim Verfassungsgericht in Bewegung zu setzen, um durch diesen Aufwand nur eines zu erreichen, der kleinen Partei eine Publizität zu verschaffen, die sie vorher nicht hatte? Das wäre höchst unzweckmäßig, den Interessen des Staatsschutzes sogar schädlich und würde damit dem wahren Zweck des Art. 21 Abs. 2 GG widerstreiten. In Einklang mit dieser Ansicht hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts bei der Begründung des Urteils gegen die KPD folgendes erklärt:

„Die Irrtümer und Mißverständnisse, die in der Öffentlichkeit über dieses Verfahren entstanden sind, veranlassen mich, vor Bekanntgabe der wesentlichen Entscheidungsgründe einige Klarstellungen zu treffen:

Das Verfassungsgericht kann ein Verfahren nicht von sich aus einleiten. Es bedarf dazu immer des Begehrens eines Antragstellers. Den Antrag, eine Partei zu verbieten, kann die Bundesregierung stellen. Es steht in ihrem politischen Ermessen und unter ihrer ausschließlichen politischen Verantwortung, ob sie den Antrag stellen will und soll. Ist der

Antrag gestellt, dann ist das Gericht verpflichtet, darüber zu entscheiden. Das Gericht hat seine Entscheidung nach rein rechtlichen Gesichtspunkten zu treffen; daher sind ihm politische Zweckmäßigkeitserwägungen versagt.

Nach Art. 21 Abs. 2 GG sind Parteien, die nach ihren Zielen und nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Das Gericht hatte also in diesem Verfahren lediglich über die Rechtsfrage zu befinden, ob nach den Zielen und dem Verhalten der KPD der gesetzliche Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG vorliegt. Es hatte zu prüfen, ob diese Ziele mit den Grundvorstellungen unserer Demokratie vereinbar sind. Als Wissenschaftslehre ist die Doktrin des Marxismus-Leninismus nicht Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens.“

Den Entschluß, ob der Antrag auf Verbot einer Partei zu stellen ist, hat die Bundesregierung nach pflichtmäßigem Ermessen zu fassen, ein Grundsatz, der auch alle anderen Regierungsentscheidungen beherrscht. In den Bereich dieses Ermessens fallen nicht nur rechtliche Erwägungen, sondern auch solche der politischen Zweckmäßigkeit; nota bene: das Beispiel der unbedeutenden, aber klar verfassungswidrigen Partei ist erdacht. In der politischen Wirklichkeit studieren mögliche „Aspiranten“ die Urteile des Bundesverfassungsgerichts gründlich. Sie hüten sich, verfassungswidrige Ziele aufzustellen, auch weisen sie ihre Anhänger an, jede verfassungswidrige Handlung oder Äußerung zu unterlassen. Sie verteilen an ihre Funktionäre sogar „Musterreden“, deren Texte sorgfältig geprüft sind und keinen Anlaß zum behördlichen Einschreiten bieten. Eine Ausnahme macht die KPD, die lautstark fordert, das Verbot aufzuheben, obwohl sie die Richtschnur ihres Handelns nicht aufgibt: die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats.

Warum keine neue Partei der „Linken“?

Über den Zweck des Artikels ist hinzuzufügen: Die Väter des Grundgesetzes haben den Artikel 21 und einige andere Vorschriften geschaffen, weil sie — belehrt durch den Untergang der Weimarer Republik — wirksame Abwehrinstrumente gegen extremistische Bestrebungen schaffen wollten. Sie gedachten der zynischen Ausnützung der Demokratie entgegenzutreten, die Goebbels und Hitler praktiziert und die Lenin in seinem Meisterwerk der Taktik, „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, empfohlen hatte. Dabei folgt das Grundgesetz nicht dem Satz: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit.“ Das Mitglied einer Partei, die verboten wird, behält die Grundrechte der Meinungs- und Koalitionsfreiheit. Deswegen könnten Kommunisten ohne weiteres eine neue Partei gründen, wenn sie dabei nicht die verfassungswidrigen Ziele der alten KPD verfolgten und ihre Organisation fortsetzten. Professor Havemann aus Ost-Berlin folgerte daraus, die Kommunisten sollten eine gewandelte KP gründen. Auf seine Frage, ob in der Bundesrepublik genügend Demokratie sei, um über dieses Problem zu diskutieren, erhielt er die Antwort nicht aus Bonn, sondern aus Pankow. Er verlor seinen Lehrstuhl und wurde aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen. Woraus erklärt sich diese harte Reaktion? In Kreisen der KPD und der SED war das Problem, ob in der Bundesrepublik nach dem Verbot der KPD eine neue „linke“ Partei gegründet werden solle, längst diskutiert worden. Das Politbüro der SED hatte sich gegen die Gründung einer neuen Partei entschieden,

um das Schicksal der traditionsreichen KPD nicht zu besiegen.

Diese Entscheidung ist nach Eintritt der SPD in die Bundesregierung bestätigt worden. Das Politbüro der KPD entschied, daß etwaige Tendenzen, eine neue Linkspartei zu gründen, nicht zu unterstützen seien. Die KPD erlaubt auch ihren Mitgliedern nicht, von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch zu machen und eine neue Partei zu gründen, deren Ziele sich im Rahmen des Grundgesetzes halten. Sie will durch großen propagandistischen Aufwand und mit Hilfe ganz heterogener Kräfte im In- und Ausland die Aufhebung des Verbots politisch erzwingen. Einen Erfolg würde die kommunistische Propaganda als Bestätigung ihrer These ausgeben, das Verbot sei von Anfang an rechtswidrig gewesen. Ferner würde sie die Aufhebung nach allen Erfahrungen als das Ergebnis eines Drucks der „Volksmassen“ auf die verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik hinstellen. Damit wäre nicht nur dem Ansehen der Bundesrepublik ein schwerer politischer Schlag versetzt, sondern auch das Vertrauen in die Rechtssicherheit erschüttert.

Daher sollte man die Frage, ob das Verbot und seine Aufrechterhaltung demokratisch seien, konkret stellen: Soll einem Staat wie der Bundesrepublik, der am Eisernen Vorhang liegt und auf lange Sicht von einer politischen Bewegung bedroht wird, hinter der mächtige äußere Kräfte stehen, berechtigt sein, sich dieser politischen Bewegung, der KPD, auch durch ein Verbot zu erwehren? Wer könnte diese Frage verneinen?

Hindert das KP-Verbot die Wiedervereinigung?

Nun noch einige Worte zum letzten Argument, das Verbot der KPD hindere die Wiedervereinigung. Das Bundesverfassungsgericht hat in dem Urteil diese Frage behandelt und dabei ausgesprochen:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht nur ein innerstaatlicher, nationaler Akt, der durch Aufrichtung einer gesamtdeutschen Ordnung zu vollziehen wäre, sondern zugleich eine internationale Frage. Nach dem derzeitigen Stand der politischen Entwicklung ist nicht damit zu rechnen, daß die Wiedervereinigung ohne eine völkerrechtliche Vereinbarung zwischen den bisherigen Besatzungsmächten erreicht werden kann. Diese Verantwortung obliegt diesen drei Mächten gemeinsam mit der

Sowjetunion auf Grund der Viermächteerklärung vom 5. Juni 1945. Da die Besatzungsmächte in diesen Fragen kraft ihrer — insoweit weiterbestehenden — übergeordneten Besatzungsgewalt handeln würden, könnte keine Maßnahme, die sie zur Wiedervereinigung Deutschlands für geboten halten und demgemäß unter sich vereinbaren, von einem Urteil, das die Verfassungswidrigkeit der KPD feststellt, behindert werden — auch dann nicht, wenn diese Maßnahme von den Staatsorganen der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden müßte.

Näherer Prüfung bedarf jedoch die Frage, ob das Verbot der KPD dann als rechtliches Hindernis der Wiedervereinigung anzusehen

wäre, wenn Maßnahmen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung, insbesondere etwa der Erlass und die Durchführung eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche Wahlen, von den deutschen Verfassungsorganen selbständig zu treffen wären, ohne daß bindende Auflagen der Besatzungsmächte bestünden. Die Auffassung der KPD, daß in einem solchen Fall ein ihre Verfassungswidrigkeit feststellendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine unüberwindbare Schranke für die Zulassung der KPD an solchen Wahlen sei und damit die Abhaltung solcher Wahlen, also auch die Wiedervereinigung selbst, unmöglich mache, ist nicht richtig. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts würde vielmehr nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich beherrschten Raum wirken. Wird festgestellt, daß die KPD verfassungswidrig ist, so kann sie sich im so bestimmten Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht mehr betätigen.

Die gesamtdeutschen Wahlen dienen aber der Vorbereitung eines Aktes des *pouvoir constituant* des ganzen deutschen Volkes, der die Beschlußfassung über eine gesamtdeutsche Verfassung zum Gegenstand hat, also gerade darüber entscheiden soll, ob die Ordnung des Grundgesetzes auch für Gesamtdeutschland fortbestehen oder durch eine andere Verfassungsordnung abgelöst werden soll. Die Legitimität der gesamtdeutschen Verfassung kann nicht daran gemessen werden, ob sie in einem Verfahren zustande gekommen ist, das seine Legalität aus der Ordnung des Grundgesetzes herleitet. Vielmehr ist nach der in die Zukunft

gerichteten Überleitungsnorm des Art. 146 GG die künftige gesamtdeutsche Verfassung schon dann ordnungsgemäß zustande gekommen, wenn sie ‚von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist‘. Dies bedeutet, daß die Entscheidung des deutschen Volkes über eine gesamtdeutsche Verfassung frei von äußerem und innerem Zwang gefällt werden muß, und das heißt allerdings, daß ein gewisser Mindeststandard freiheitlich-demokratischer Garantien auch beim Zustandekommen der neuen gesamtdeutschen Verfassung zu wahren ist. Das in Art. 21 Abs. 2 GG zum Ausdruck kommende Prinzip, daß verfassungswidrige Parteien aus dem politischen Leben ausgeschlossen werden können, sowie der Grundsatz der Bindung aller staatlichen Organe an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind jedoch diesem Mindeststandard nicht zuzurechnen. Es sind freiheitlich-demokratische, für die Dauer geschaffene Verfassungen denkbar und Wirksamkeit, die eine Verfassungsgerichtsbarkeit und die rechtliche Möglichkeit eines Parteiverbots nicht kennen. Ist dies aber so, so wäre es nicht gerechtfertigt, in den von Art. 146 GG gemeinten Mindeststandard freiheitlicher Garantien *beim Zustandekommen* der neuen gesamtdeutschen Verfassung die zwar dem Grundgesetz eigentümlichen, aber nicht vom Wesen einer freiheitlichen Ordnung her schlechthin geforderten Grundsätze der Bindung an verfassungsgerichtliche Entscheidungen über den Ausschluß verfassungswidriger Parteien aus dem politischen Leben einzubeziehen.“

Schicksal der KPD ist für die Sowjetunion irrelevant

Das Verbot der KPD steht also der Wiedervereinigung nicht entgegen. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Frage der Weltpolitik, die ohne Zustimmung der Sowjetunion nicht gelöst werden kann. Bisher hat diese Macht jede Lösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts starr abgelehnt, jedoch nicht aus Rücksicht auf die KPD. Die KPD ist der Sowjetunion nicht mehr als eine *quantité négligable*. Das ist historisch nachweisbar an der Politik, die 1933 die Komintern, von Stalin geleitet, mit dem Ergebnis betrieben hat, daß Hitlers Machtübernahme begünstigt wurde. Das war 1939 zu sehen, als Stalin den Pakt mit Hitler abschloß, obwohl in dessen Konzentrationslagern Tausende deutscher Kommunisten gepeinigt wurden. Auf dem Höhepunkt dieser „Freundschaft“ hat die sowjetische Geheimpolizei sogar deutsche Kommunisten der Gestapo übergeben. Diese politische

Linie wurde 1952 fortgesetzt, als die KPD während des Prozesses das sogenannte „Programm der Nationalen Wiedervereinigung“ anzunehmen hatte. Das Programm lieferte zwar Material zum Beweis der These der Verfassungswidrigkeit der KPD, schadete ihr also, aber die deutschen Kommunisten mußten diesen Schritt tun. Er entsprach der damaligen sowjetischen Politik, die sich in einer aggressiven Phase (Korea-Krieg) befand. Wer sich mit Überläufern aus den Reihen des sowjetischen Geheimdienstes unterhalten hat, der weiß, daß sie von der KPD herablassend und wegwerfend sprechen; für sowjetische Politiker zählen — allen Deklamationen vom „Proletarischen Internationalismus“ zum Trotz — nur die Interessen ihres Staates. Eine schwache kommunistische Partei — und die KPD ist heute schwach — wiegt soviel wie nichts im politischen Kalkül der Sowjetunion. Einige

deutsche Kommunisten geben sich zwar der Illusion hin, das Geschick ihrer Partei zähle in der sowjetischen Deutschlandpolitik, und einige Irrealisten teilen diesen Wahn. An der Wirklichkeit ändert sich dadurch nichts. Möglicherweise wird die Sowjetunion durch eine Änderung der Weltlage bewogen werden, in der deutschen Frage Entgegenkommen zu zeigen. Darüber zu spekulieren, was sich ändern müßte, ob etwa der Ausbruch eines kriegerischen Konfliktes der Sowjetunion mit China jene Wirkung haben könnte, führt in ein weites Feld, das hier nicht abzuschreiten ist.

Am Schluß sei ein Argument hinzugefügt, das Gegnern des Kommunismus entgegenzuhalten ist, die meinen, das Verbot solle aus Zweckmäßigkeitserwägungen aufgehoben werden:

Das Verbot ist vom höchsten Gericht ausgesprochen worden, das die Bundesrepublik Deutschland hat, dem Bundesverfassungsgericht. Das Verbot ist rechtskräftig. Würde der

Bundestag es aufheben, so wären wir ein Staat, in dem höchstrichterliche rechtskräftige Urteile von einem Souverän aus Zweckmäßigkeitsgründen abgeändert werden können. Gegen ein solches Verfahren müssen Einwände erhoben werden, auch wenn dieser Souverän die Volksvertretung ist. Wir haben keinen Parlamentsabsolutismus, wie er — pro forma — in der Sowjetzone besteht, sondern eine Gewaltenteilung, die durch Art. 79 III des Grundgesetzes sogar der Verfassungsänderung entzogen ist.

Ein Beschluß des Bundestages über Aufhebung des KP Verbots wäre als Einbruch der gesetzgebenden Gewalt in das Kerngebiet der Rechtsprechung anzusehen und daher unvereinbar mit Artikel 79 GG.

Außerdem würde die Aufhebung des Verbots den Teil unserer Landsleute in der Sowjetzone deprimieren, der unter dem Kommunismus leidet — und das ist noch immer die Mehrheit.

Der Dialog zwischen SPD und SED in der kommunistischen Deutschland-Politik

1. Die Funktion der SPD in der Deutschland-Politik von KPdSU und SED

Auf einer gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz, die im September 1964 in Moskau aus Anlaß des 100. Jahrestages der I. Internationale stattfand, erklärte der Direktor des maßgeblichen Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Anušavan Arzumanjan, in Erläuterung des Parteiprogramms der KPdSU von 1961, der „Kapitalismus“ habe sich verändert und sei in eine „staatsmonopolistische“ Phase eingetreten. Das private Unternehmertum bestimme den ökonomischen Prozeß nicht mehr ausschließlich, sondern überlasse dem Staat in wachsendem Maße wirtschaftliche Funktionen. Eine derartige Tendenz implizierte für einen Kommunisten die Frage, ob denn der „Kapitalismus“ nicht nunmehr evolutionär und selbstläufig auf die Wirtschaftsform sowjetischen Typs zusteure. Arzumanjan gab zur Antwort, der „Kapitalismus“ bleibe auch in seiner gewandelten Gestalt das gleiche negative Phänomen wie bisher, das revolutionär in den „Sozialismus“ überführt werden müsse. Nach seiner Darstellung dient die Aktivität des Staates im wirtschaftlichen Bereich den „Kapitalisten“ lediglich dazu, das in eine innere Krise geratene „kapitalistische“ System neu zu festigen.

Arzumanjan erblickte in dem Anwachsen des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft der westlichen Länder auch eine Chance für den Kommunismus. Nach seiner Ansicht lag in der neuen Erscheinungsform des „Kapitalismus“ nicht nur die Gefahr, daß sich die „Monopolherrschaft“ mit staatlicher Hilfe stabilisiert, sondern auch die Möglichkeit, daß die ökonomische Tätigkeit des Staates den Übergang zum „Sozialismus“ vorbereitet und einleitet. Als die gesellschaftlich-politische Kraft, welche diese Alternative verwirklichen könne, wurde die Arbeiterklasse in den westlichen Ländern herausgestellt. In der objektiven Lage wurden entscheidende Voraussetzungen für eine solche Entwicklung gesehen. Die Arbeiterklasse stehe nunmehr nicht allein den „Monopolen“, sondern zugleich dem mit diesen verbundenen Staat gegenüber. Daher müsse der „ökonomische Kampf“ — früher nicht unmittelbar mit

dem politischen Ringen verknüpft und darum vielfach in unpolitisch-„tradeunionistischer“ Weise geführt — jetzt notwendigerweise in den „politischen Kampf“ übergehen. Arzumanjan forderte, die gesellschaftlich-politischen Reformen, zu denen dieser Kampf führen werde, systematisch als Hebel für eine schließlich revolutionäre Veränderung zum „Sozialismus“ hin zu benutzen. Auch wenn im Westen zunächst nur um das „demokratische Programm“ gekämpft werden solle, dürfe man doch „das Endziel, die revolutionäre Perspektive, nicht aus den Augen verlieren“¹⁾.

Als zentrales Erfordernis für einen erfolgreichen „antimonopolistischen Kampf“ in den westlichen Ländern bezeichnete Arzumanjan die „Herstellung der Einheit aller Abteilungen der Arbeiterklasse“. Nach seiner Ansicht konnten die Kommunisten diese Aufgabe nicht allein bewältigen, solange die sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa — vor allem in Großbritannien, in der Bundesrepublik und in den skandinavischen Ländern — noch einen starken Einfluß auf die breiten Massen der Arbeiterschaft ausübten. Daher komme es darauf an, die Einheit der Arbeiterklasse „auf der Grundlage gemeinsamer Aktionen und der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten“ herbeizuführen. Dementsprechend verwarf Arzumanjan die Stalinsche These, nach der die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ zu verurteilen waren, und billigte den westlichen Sozialisten zu, daß sie weithin eine progressive Rolle spielten. Diese positive Bewertung betraf freilich vor allem die „Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien, insbesondere die Arbeiter“; ihren Führern dagegen wurde vorgeworfen, sie hätten sich vielfach „in den letzten Jahren noch mehr der Ideologie und Politik der Bourgeoisie angenähert“ und dabei „nicht nur den Marxismus, sondern auch viele traditionelle sozialistische Parolen über Bord“ geworfen. Soweit sie solcherart zu „Verteidigern der Monopolbourgeoisie“ geworden seien, wurde ihnen eine

¹⁾ A. Arzumanjan, Itogi mirovogo razvitija, in: Mirovaja ékonomika i meždunarodnye otnošenija, 1964, H. 11, S. 81 ff.

rücksichtslose „Entlarvung“ von kommunistischer Seite in Aussicht gestellt. Inwieweit die „weitere Evolution einzelner sozialistischer Parteien zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse unter den Parolen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus“ möglich werden würde, hing nach Arzumanjan von dem Verhalten der „werkstätigen Massen“ ab²⁾. Die Formulierungen lassen darauf schließen, daß im letzten Sinne nicht an eine Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien, sondern an eine Einflußnahme auf ihre Anhänger gedacht ist.

Die neue Linie wurde sogleich in Ost-Berlin auf die deutsche Situation angewandt. Am 25. September 1964 erklärte Walter Ulbricht — soeben aus Moskau zurückgekehrt — auf einem internationalen Kongreß kommunistischer Gesellschaftswissenschaftler in Ost-Berlin, daß eine „höchstmögliche Zusammenarbeit und Einheit mit den Sozialdemokraten“ zustande kommen müsse. Im einzelnen machte er wechselseitige Vereinbarungen zum Ziel; dabei behielt er der SED das Recht zur „Kritik am Revisionismus und Opportunismus“ der SPD vor. Die Bemerkung, daß diese Polemik der ideologischen Klärung und der politischen Annäherung dienen sollte, deutet darauf hin, daß die SED-Spitze das Parteivolk der SPD agitatorisch gegen seine Führer einnehmen

und in die eigene Gefolgschaft einfügen wollte. Ulbricht versuchte den Sozialdemokraten das Mißtrauen gegen die Absichten der SED zu nehmen, indem er ihnen versicherte, die organisatorische Selbständigkeit der SPD solle nicht zerstört werden. Wenn in der „DDR“ die SED entstanden sei, so heiße dies nicht, daß man „in Westdeutschland den gleichen Weg gehen“ könne. Als Ziel nannte Ulbricht den „Übergang zu einer demokratischen Entwicklung in Westdeutschland“ und die „Wiedervereinigung nach der Bändigung des deutschen Militarismus“. Mithin wurde als Grundlage der Kooperation von SPD und SED gefordert, daß beide Parteien gewillt sein müßten, auf eine gesellschaftlich-politische Umwälzung in der Bundesrepublik hinzustreben, die nach Arzumanjan dazu bestimmt sein muß, die revolutionäre Wende zum Kommunismus vorzubereiten. Zugleich machte Ulbricht deutlich, daß es der SPD nicht gestattet werden könnte, „ihre gegenwärtigen Auffassungen auf die DDR anzuwenden“. Die gesellschaftlich-politische Dynamik sollte nur von Osten nach Westen, nicht aber umgekehrt wirken können³⁾. Ulbrichts Thesen wurden während der folgenden Monate von dem Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED, Otto Reinhold, näher ausgearbeitet.

2. Der SED-Kurs eines Dialogs mit der SPD

Die im September 1964 formulierten Thesen wirkten sich auf die Deutschland-Politik der SED zunächst noch nicht aus. Bis in den Spätherbst 1965 richtete die SED nur beiläufige und vage Appelle an die „Bürger Westdeutschlands“ oder an die „Werkstätigen“ und „kleinen Leute“ in der Bundesrepublik. Seit Mitte 1965 wurde gelegentlich auch die „westdeutsche Arbeiterklasse“ angesprochen. Die SPD wurde anlässlich des Programms, das sie für die Bundestagswahlen vorlegte, heftig angegriffen. Alle diese Äußerungen blieben im Rahmen des seit langem Üblichen und müssen daher als agitatorische Pflichtübungen gewertet werden, die keine spezifische Kampagne andeuten. Allem Anschein nach war die SED-Führung der Ansicht, daß die Situation in der Bundesrepublik noch nicht herangereift sei, um dem im September 1964 umrissenen Kurs dort hinreichende Erfolgsaussichten zu bieten.

Mit dem Bericht, den Erich Honecker namens des SED-Politbüros am 15. Dezember 1965 vor

dem Zentralkomitee der Partei erstattete, zeichnete sich eine Wende ab. Honecker forderte nachdrücklich ein „Bündnis der Arbeiterklasse“ in Deutschland, das in einem Zusammengehen von SED und SPD politische Gestalt annehmen sollte. Um diesen Kern sollten sich dann die übrigen „friedliebenden“ und „demokratischen“ Kräfte des Landes gruppieren. Als gemeinsamer Gegner wurde die „Reaktion“, das heißt die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und vor allem die CDU/CSU, herausgestellt. Um des gemeinschaftlichen Kampfes willen erklärte sich die SED bereit, ihre Auseinandersetzungen mit der SPD zurückzustellen.

Wie aus der Rede Honeckers und nachfolgenden Stellungnahmen der SED deutlich wird, basierte die Kursänderung auf der Annahme, daß sich das europäische und vor allem das innerdeutsche Kräfteverhältnis zugunsten der „DDR“ entwickelt habe und weiter entwickeln

²⁾ A. Arzumanjan, a. a. O., 1964, H. 12, S. 81.

³⁾ W. Ulbricht am 25. 9. 1964, in: Dokumentation der Zeit (Ost-Berlin) [hinfort: ddz], S. 321/34 f.

werde. Als wichtige Faktoren wurden angesehen:

1. die wachsende wirtschaftliche Stärke der „DDR“,
2. das Scheitern der Deutschland-Politik Bonns und
3. die zunehmende Isolierung der Bundesrepublik unter den Westmächten.

Die Führer der SED rechneten damit, einen immer größeren Einfluß in gesamtdeutschem Rahmen geltend machen zu können, während die Bundesrepublik allmählich in eine Position ohnmächtiger Schwäche gerate. Als entscheidender politischer Durchbruch, der zu dieser vorteilhaften Entwicklung geführt habe, stellte sich ihnen der Bau der Berliner Mauer vom 13. August 1961 dar, denn dieser habe die Wirtschaft der „DDR“ konsolidiert, die Bonner Deutschland-Politik endgültig um den Erfolg gebracht und das Bündnis der Bundesrepublik mit den angelsächsischen Mächten zutiefst erschüttert, indem sich an der Haltung gegenüber der Mauer der politische Gegensatz zwischen beiden Seiten entfaltet habe. Von dieser Bewertung her wird es verständlich, daß die SED im Sommer 1966 den 5. Jahrestag der Errichtung der Berliner Mauer als einen „Triumph der DDR“ und als „Sieg des Sozialismus“ in Deutschland feiern konnte.

Unter diesen Umständen sahen die Führer der SED gute Aussichten für ein agitatorisch-propagandistisches Hineinwirken in die Bundesrepublik. Als Anzeichen einer herannahenden Krise wurden dort vermerkt:

1. eine fortlaufende Verschärfung der gesellschaftlichen „Widersprüche“,
2. zunehmende Uneinigkeit innerhalb der herrschenden Kreise über den weiteren Kurs in der Deutschland-Frage sowie sich ausbreitende Tendenzen zur Revision des bisherigen Konzepts und
3. das Entstehen einer breiten „demokratischen“ Bewegung gegen die Bonner Führung aus Anlaß der Auseinandersetzungen um Ostpolitik, Atomrüstung, Notstandsgesetzgebung und Mitbestimmung.

Wo immer in der Bundesrepublik neue Ansichten hervorzutreten begannen oder Differenzen ausgetragen wurden, glaubten die Führer der SED Tendenzen zu erkennen, die sich der „DDR“ näherten. Unter dieser Perspektive lag es für sie nahe, durch Appell und Beifall die sich in der Bundesrepublik anbahnenden politischen Vorgänge zu fördern und voranzutreiben.

Für marxistisch-leninistisches Denken nimmt in den entwickelten kapitalistischen Ländern

die Arbeiterklasse die zentrale gesellschaftlich-politische Machtposition ein. Dementsprechend wies die SED die entscheidende Rolle in der Bundesrepublik der SPD zu. Die „rechte SPD-Führung“, so lautete die These, habe die Macht, die sie vermöge des Einflusses auf große Teile der Arbeiterschaft besitze, bisher der „reaktionären“ CDU/CSU-Regierung geliehen und damit deren Herrschaft ermöglicht. Wenn sich aber die SPD gegen die CDU/CSU wende, könne die Arbeiterklasse im Kampf gegen ihre Feinde vereint ihre Macht entfalten und so endlich ihren Willen in gesamtdeutschem Rahmen geltend machen. Wie Walter Ulbricht am 21. April 1966 ausführte, lag der „Schlüssel zur Sicherung des Friedens, zur europäischen Sicherheit und zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, soweit Westdeutschland in Betracht kommt, ... in den Händen der Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und parteilosen Werktätigen“. Aus drei Gründen hatte nach Darstellung der SED die SPD nunmehr ein dringliches Interesse daran, ihre bisherige Politik zu revidieren:

1. Die Krise der CDU/CSU-Herrschaft in der Bundesrepublik lasse die Frage aufkommen, ob eine weitere „Gemeinsamkeitspolitik“ nicht die SPD in das Verderben der CDU/CSU mit hineinziehe;
2. das Anwachsen der „demokratischen“ Bewegung außerhalb der Parteien setze die SPD-Führung einem zunehmenden Druck von unten aus, so daß ihr schließlich nur noch die Wahl zwischen Mitmachen oder Einflußlosigkeit bleiben werde;
3. auch die Führer der SPD könnten sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß die Bonner Deutschland-Politik gescheitert sei, und seien daher genötigt, im Sinne der SED einen „realistischen“ Kurs einzuschlagen.

Mit großen Erwartungen wurden Initiativen aus den Reihen der SPD begrüßt, in denen — wie in einem Vorschlag des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Joachim Steffens — Verhandlungen mit der „DDR“ gefordert wurden. Daß Willy Brandt Steffens Kritikern gegenüber in Schutz nahm, vermehrte die Hoffnungen in der SED.

Von diesen Annahmen ausgehend, richtete das Zentralkomitee der SED am 7. Februar 1966 einen Offenen Brief „an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland“. Die Adressierung ist bezeichnend: Der Offene Brief war nicht als Grundlage für ein Gespräch mit dem Parteivorstand der SPD, sondern als agitatorischer Appell an die Anhänger der SPD gedacht. Das

zeigte sich auch daran, daß in dem Offenen Brief und — meist noch deutlicher — in zahlreichen anderen Stellungnahmen die Haltung der SPD-Führung nicht nur prinzipiell kritisiert, sondern auch als Hindernis der notwendigen Zusammenarbeit hingestellt wurde. Als Hauptvorwürfe fungierten die Kooperation mit der CDU/CSU, die Mitwirkung der SPD an „undemokratischen“ Maßnahmen wie etwa der Notstandsgesetzgebung, das Eintreten für einen proamerikanischen Kurs Bonns und antikommunistische Gesinnung. In mehreren offiziellen Äußerungen der SED wurde darüber hinaus klargestellt, daß keine Partnerschaft mit der SPD-Führung beabsichtigt war, weil diese den Ost-Berliner Funktionären als nicht vertrauens- und unterstützungswürdig galt. Dafür wurde der DFU bescheinigt, „realistische Vorstellungen“ für eine bundesdeutsche Friedenspolitik zu besitzen. Aus den Aufrufen der SED an die Sozialdemokraten spricht die Absicht, der Gefolgschaft der SPD die Unrichtigkeit des von ihrer Führung verfolgten Kurs vor Augen zu führen und sie zu einer Neuorientierung zu veranlassen. Allem Anschein nach sollte die Kampagne der SED den vermeintlichen Druck von unten auf den Parteivorstand der SPD verstärken und entfalten. Ziel dabei war, die Revisionstendenzen in der SPD auf dem Dortmunder Parteitag von Anfang Juni in die Vorhand zu setzen.

Bei ihrem Appell suchte sich die SED verschiedener Ansatzpunkte zu bedienen. Die Enttäuschung weiter SPD-Kreise über den ausgebliebenen Erfolg bei den Bundestagswahlen vom September 1965 wurde zu der Darlegung benutzt, daß der Gemeinsamkeitskurs mit der CDU/CSU die SPD habe scheitern lassen. Daraus wurde der Schluß abgeleitet, daß die SPD nur bei einer entschlossenen Abkehr von der offiziellen Bonner Politik politisch gedeihen könne. Das sich in der Bundesrepublik ausbreitende Unbehagen über eine Deutschland-Politik, für die sich keine Erfolgchancen mehr erkennen lassen, wurde auf die Forderung nach einer radikalen Wende des Verhaltens gegenüber der „DDR“ im Sinne von Anerkennung und Verhandlung — also eines Verzichts auf das Wiedervereinigungsziel — hingeführt. Der behauptete nukleare Ehrgeiz der Bundesregierung diene dazu, für die „demokratische“ Bewegung der Atomrüstungsgegner und Ostermarschierer zu werben. Auch mit den Parolen des „demokratischen Kampfes“ gegen die Notstandsgesetze und für die Mitbestimmung hoffte die SED die oppositionelle Front verstärken zu können. Alle diese Bemühungen standen unter dem Motto der „Verständigung“ und „Aktionseinheit“ aller „proletarischen“

und „demokratischen“ Kräfte gegen die CDU/CSU. Gelegentlich wurde die angebliche Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED als Vorbild herausgestellt. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Abbau der antikommunistischen Haltung bei den angesprochenen Kreisen.

Die SED betonte zwar mehrfach, daß mit dem Vorschlag des Zusammengehens mit den Sozialdemokraten keine Bedingungen verknüpft seien, doch machten alle ihre Stellungnahmen überdeutlich, daß bestimmte Voraussetzungen für unerlässlich erachtet wurden, wenn Ost-Berlin die Kontakte als sinnvoll ansehen sollte. Es wurde insbesondere verlangt:

1. Die SPD sollte eine Alternative zu dem derzeitigen Kurs der Bundesrepublik formulieren und damit ihren bisherigen Standpunkt aufgeben, während die SED mit Nachdruck erklärte, daß an den von ihr eingenommenen Positionen nicht im mindesten gerüttelt werden könne;
2. der SPD wurde kein dritter Weg zwischen CDU/CSU und SED zugestanden, sondern ein völliger Frontwechsel zur SED abgefordert;
3. die Opposition der SPD gegen die Politik der CDU/CSU sollte im Sinne eines entschiedenen, rücksichtslosen „Kampfes“ realisiert werden.

Im übrigen erklärte die SED eine Lösung der deutschen Frage durch Verhandlungen mit der SED unter völligem Verzicht auf gesamtdeutsche Wahlen für notwendig. Honecker fügte in seiner einleitenden Stellungnahme vom 15. Dezember 1965 hinzu, daß der Friede in Deutschland nur erhalten werden könne, wenn die herrschenden Kreise der Bundesrepublik von der dortigen Opposition bezwungen werden würden.

Das Programm der SED war sehr detailliert. Außenpolitisch sollte sich die SPD gegen die Bindung der Bundesrepublik an den Westen wenden, während die SED ihren festen Willen zur engen Bindung der „DDR“ an die UdSSR bekundete, die sich auch auf ein künftiges Gesamtdeutschland übertragen müsse. Innenpolitisch ging das Verlangen der SED noch weiter. Der SPD wurde die Unterstützung aller „demokratischen Forderungen“ wie Verhinderung der Notstandsgesetze, Verwirklichung der Mitbestimmung und Verzicht auf nukleare Mitsprache vorgeschrieben. Aus dem Dialog mit der SED sollten von vornherein alle Fragen ausgeschlossen sein, die der SED nicht genehm waren. Diese Auflage wurde mit der These gerechtfertigt, es gehe um eine Verständigung und nicht um die Hervorkehrung von Gegensätzen. Vor allem sollte an den Institutionen

und Maßregeln der „DDR“ keine Kritik geübt werden können. Die SED machte deutlich, daß sie entschlossen sei, an den Verhältnissen der „DDR“ nicht rütteln zu lassen, sondern den dortigen „Aufbau des Sozialismus“ unbeirrt fortzusetzen. Zugleich verlangte sie eine gesellschaftlich-politische Umwälzung in der Bundesrepublik. Die dortigen Machtverhältnisse müßten zugunsten der „demokratischen Kräfte“ geändert werden. Den Westdeutschen wurde zwar ein eigener Weg zugebilligt, doch wurde in zahlreichen Stellungnahmen, die sich an die eigenen Anhänger richteten, die Ordnung der „DDR“ nachdrücklich als verpflichtendes Vorbild herausgestellt. Honecker und Ulbricht erklärten, daß die kommunistische Ordnung nunmehr auf die Bundesrepublik übergreifen müsse. Nach Ulbrichts Worten vom 21. April 1966 erachtete die SED eine „Vereinigung der deutschen Staaten“ für „unmöglich“, solange „nicht in Westdeutschland durch grundlegende innere Veränderungen die im Potsdamer Abkommen festgelegten Voraussetzungen für eine friedliche Politik geschaffen“ seien. Auf diese Weise sollte gewährleistet werden, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland ohne „Reaktion“ unter der „Herrschaft der Arbeiterklasse“ konstituieren werde. Die SED erstrebte eine gesellschaftlich-politische Dynamik in Deutschland — aber ausschließlich in Ost-West-Richtung.

In dem Offenen Brief vom 7. Februar 1966 schlug das Zentralkomitee der SED als ersten Schritt zur Anbahnung des Kontaktes zur SPD eine Zusammenkunft von Vertretern beider Parteien vor. Danach sollte ein Gremium wechselseitiger Aussprache geschaffen werden. Vermutlich haben die Führer der SED nicht mit einer offiziellen Reaktion der SPD gerechnet: Alle dreizehn derartigen Schreiben, welche die SED bis dahin an die SPD gerichtet hatte, waren ignoriert worden. Diesmal aber entschloß sich der Parteivorstand der SPD zu einer Antwort. Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung des SED-Schreibens, am 12. Februar 1966, äußerte sich Herbert Wehner im RIAS zu dem Offenen Brief und kündigte an, daß das Zentralkomitee in jedem einzelnen Punkt eine Antwort erhalten werde⁴⁾. Die Führer der SPD, die gar nicht die eigentlichen Adressaten waren, schalteten sich in die Diskussion ein. Mit der Offenen Antwort vom 19. März 1966 zogen sie die Initiative an sich: Den unklaren Vorschlag der SED, in gemeinsame Vorgespräche und Beratungen einzutreten, konkretisierten sie dahin, daß überall in Deutschland „die Voraussetzungen dafür geschaffen

werden“ sollten, „daß Vertreter der im Deutschen Bundestag und in der Volkskammer vertretenen Parteien offen ihre Auffassungen zur Deutschlandfrage darlegen, vertreten und austragen können“⁵⁾. Statt der erstrebten „Verständigung der Arbeiterklasse“ wurde der SED der Verzicht auf das Meinungsmonopol in der „DDR“ vorgeschlagen.

Offensichtlich versetzte diese Antwort die SED-Führung in Verlegenheit: Eine Woche lang konnten westliche Journalisten in Ost-Berlin keinerlei Äußerungen zu dem Brief der SPD erlangen. Am 26. März 1966 antwortete das Zentralkomitee der SED mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, „daß trotz vieler Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen die Aussprache der deutschen Arbeiterparteien ... begonnen“ habe. An Stelle der freien Meinungsäußerung in beiden Teilen Deutschlands regte die SED-Führung gemeinsame Rednerveranstaltungen in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Essen an. Welche weiteren Schritte folgen könnten, sollte von den „Erfahrungen dieses ersten Versuchs“ abhängen. Dieser Vorschlag begrenzte das von der SPD gewünschte Arrangement in dreifacher Weise:

1. Statt aller bundesdeutschen Parteien sollten nur die Sozialdemokraten in der „DDR“ auftreten können;
2. der Redneraustausch sollte sich zunächst auf jeweils eine Gelegenheit in beiden Teilen Deutschlands beschränken;
3. das Zentralkomitee der SED behielt sich vor, abschließend nach Maßgabe des Erfolgs über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Die Tatsache, daß die Führung der SED überhaupt auf eine Aussprache mit dem Parteivorstand der SPD einging, obwohl dieser an seinen gegensätzlichen Ansichten zur Deutschland-Frage keinen Zweifel gelassen hatte, bezeugte ein starkes Interesse an Kontakten mit der SPD. Welche Motive dem zu Grunde lagen, mußte die weitere Entwicklung zeigen.

Anschließende Stellungnahmen der SED lassen erkennen, daß ihre Führer die Tatsache, daß der Parteivorstand der SPD überhaupt geantwortet hatte, auf drei Faktoren zurückführten:

1. auf die Schwierigkeiten der SPD infolge der Krise der Bonner Politik im allgemeinen und des von ihr gestützten CDU/CSU-Regimes im besonderen,
2. auf den Druck, dem der Parteivorstand von seiten der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler ausgesetzt sei, und

⁴⁾ H. Wehner im RIAS, 12. 2. 1966, 21.45 Uhr, laut Pressemitteilungen und Informationen/SPD 77/66.

⁵⁾ Offene Antwort der SPD vom 19. 3. 1966, in: ddz 356/6.

3. auf eine zunehmende Tendenz zu einer ostpolitischen Neuorientierung im sozialdemokratischen Lager.

Die Führung der SED hegte dabei offensichtlich starke Zweifel daran, ob mit dem Parteivorstand der SPD eine Politik in ihrem Sinne zu machen sei. Herbert Wehner und Fritz Erler, zuweilen auch Helmut Schmidt und andere, waren und blieben Zielscheiben zahlreicher kommunistischer Angriffe. Gegenüber Willy Brandt dagegen hielt sich die kommunistische Publizistik auffallend zurück. Vielfach wurde sogar versucht, ihn für eine sozialdemokratische Opposition gegen die Parteiführung zu reklamieren, um auf diese Weise die große moralische Autorität des Parteivorsitzenden den Zwecken der SED dienstbar zu machen.

Die Linien, die SED und SPD bei ihrem Meinungsaustausch verfolgten, waren gegensätzlich, ja unvereinbar. Die SED strebte ein Gespräch über die „Lebensfragen des deutschen Volkes“ an. Damit war gemeint, daß die Maßnahmen, mit denen die „DDR“ die innerdeutschen Kontakte unterband, nicht diskutiert werden sollten. Statt dessen war nach Ansicht der SED die Aussprache ausschließlich auf das politische und staatliche Verhältnis der „beiden deutschen Staaten“ zu konzentrieren. Zur Begründung diente die These, daß die menschlichen Trennungen in Deutschland die unausweichlichen Folgen der unnormalen Beziehungen zwischen Bundesrepublik und „DDR“ seien und daß daher nur über eine „Normalisierung“ auf politisch-staatlicher Ebene Abhilfe geschaffen werden könne. Das Verhalten zielte darauf ab, die westliche Seite im Sinne einer einseitigen Vorleistung vermittels einer Anerkennung der „DDR“ zu einem Verzicht auf die weitere Infragestellung ihres Regimes zu nötigen, während Ost-Berlin auch nach erfolgter „Normalisierung“ an den trennenden Maßnahmen festhalten mochte, um damit weiteren Druck auf die Bundesrepublik auszuüben und eine innerdeutsche Dynamik so weit zu unterbinden, wie diese nicht erwünscht schien. Die SPD dagegen stellte die Forderung nach „menschlichen Erleichterungen“ in den Mittelpunkt und suchte einer Diskussion über die politisch-staatliche Situation in Deutschland auszuweichen. Dieser Kurs wurde gewählt in der Auffassung, daß die Haltung des Ostblocks und die internationale Lage in Europa nicht den geringsten Fortschritt auf ein nicht-kommunistisch wiedervereinigtes Deutschland erwarten ließen und daß daher jedes Gespräch über damit verbundene Fragen nur in einseitige Konzessionen der westdeutschen Seite ausmünden könne. Eine derartige Gefahr erschien um so größer, als zwar die Führung der

SED, nicht aber die SPD die politischen Tendenzen in dem von ihr vertretenen Landesteil kontrollieren konnte. Das Zentralkomitee der SED konnte dessen sicher sein, daß ungeachtet aller in der Bevölkerung etwa geweckten Wiedervereinigungshoffnungen in der „DDR“ keine andere als die von ihr befürwortete Haltung hervortrat. Die SPD dagegen mußte mit der möglichen Gegenwirkung anderer Kräfte rechnen. Unter diesen Umständen war eine Auseinandersetzung für sie nur dort sinnvoll, wo die Position der Gegenseite nicht von vornherein absolut unerschütterlich war.

Das Vorgehen der SED-Führung läßt zwei gegensätzliche und doch einander ergänzende Tendenzen erkennen: Zum einen wurde die Parole des „Realismus“ in den Mittelpunkt gerückt. Alle Tatbestände, die UdSSR und „DDR“ in Deutschland einseitig geschaffen hatten, wurden für unantastbar erklärt. Sie sollten jeder Diskussion entzogen sein. Wer immer ihre Berechtigung in Frage stellte oder ihre Revision forderte, wurde eines „aggressiven“ Verhaltens beschuldigt. So wurden als Vergehen gegen den Frieden vor allem die Mißbilligung der Herrschaftsverhältnisse in der „DDR“ und die Kritik an den Abschließungsmaßnahmen des SED-Regimes gegenüber der Bundesrepublik gewertet. Der Hinweis auf die machtpolitische Unabänderlichkeit der in der „DDR“ geschaffenen Fakten diente dazu, den Zweifel an ihrer Legitimität als unzulässig hinzustellen und so die These ihrer normativen Gültigkeit zu etablieren. Zum anderen zielten die Forderungen der SED auf eine Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik. Auf Maßnahmen und Demonstrationen, mit denen Bonn die Ost-Berliner Politik in gewisse Schranken zurückzuweisen bemühte (etwa in der Frage, ob West-Berlin ein „selbständiges Gebilde“ auf dem „Territorium der DDR“ sei), erfolgten scharfe Reaktionen mit dem Vorwurf „provokierenden“ Vorgehens. Unter Berufung auf „demokratische“ Prinzipien, den Gang der „historischen Entwicklung“ und die Potsdamer Beschlüsse wurde eine Änderung nicht nur der bundesdeutschen Politik, sondern auch der bundesdeutschen Herrschaftsverhältnisse verlangt. Im Namen einer stipulierten Normativität drängte die SED-Führung auf die Beseitigung der in der Bundesrepublik bestehenden Fakten. Der Status quo galt ihr nur so weit als Maßstab, wie er die „DDR“ sicherte und die Bundesrepublik restringierte.

Wenn das Zentralkomitee der SED Ende März auf die Offene Antwort des SPD-Parteivorstandes einging, obwohl dieser den Dialog in anderer als der vorgesehenen Weise führen

wollte, so lag dem deutlich die Annahme zu Grunde, daß sich der SED trotz des Widerstandes der SPD-Führung besonders gute gesamtdeutsche Chancen böten. Der Wandlungsprozeß in der Bundesrepublik und vor allem in der SPD, der die erstrebte einseitige Dynamik nach sich ziehen sollte, schien den Führern der SED, wie ihre Stellungnahmen ausweisen, hinreichend weit gediehen. Sie werteten es als Folge eines unwiderstehlichen Drucks von unten, wenn der Parteivorstand der SPD diesmal auf das Ost-Berliner Schreiben geantwortet und damit die bisherige ignorierende Haltung aufgegeben hätte. Allem Anschein nach wollte das Zentralkomitee der SED die politische Wende, die es in der SPD sich anbahnen sah, durch ein vorsichtiges Entgegenkommen vorantreiben, statt sie durch ein brüskes Nein zu verzögern. Es scheint so, als hätten die Führer der SED erwartet, daß sich nunmehr unter den Westdeutschen und besonders unter den Sozialdemokraten eine starke Bewegung unter den östlichen Parolen bilden werde. Eine Reaktion dieser Art blieb jedoch aus. Daraufhin scheinen in Ost-Berlin Zweifel aufgetaucht zu sein, ob die Sicht der Lage, von der man ausgegangen war, nicht der wirklichen Situation vorauseile. Jedenfalls lehnten die Führer der SED Ende April den Vorschlag der SPD ab, den vorgesehenen Redneraustausch so bald wie möglich — nämlich im Mai — durchzuführen. Unter dem Vorwand, daß die Anfang Juli bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen einem sachlichen Gespräch im Wege stehen könnten, befürworteten sie statt dessen Termine im Juli: Offensichtlich wollten sie abwarten, wie der Anfang Juni bevorstehende Dortmunder Parteitag der SPD verlaufe, um das weitere Vorgehen danach zu bestimmen. Auf eine solche Absicht deutet auch hin, daß die SED im Mai Argumentationen aufzubauen begann, die im Bedarfsfalle als Vorwände für eine Absage des Redneraustausches herhalten konnten. Vor allem wandte sich die Agitation im Zusammenhang mit den Bonner Beratungen über ein „freies Geleit“ für SED-Redner gegen die bundesdeutsche „Rechts- und Alleinvertretungsanmaßung“. Daß Ost-Berlin damals noch am Redneraustausch festhielt, zeigt sich an der offiziellen These, daß es den Wünschen der CDU/CSU entsprechen würde, wenn das Vorhaben scheitern sollte. Als entscheidendes Hindernis für den Redneraustausch wurde die den SED-Funktionären in der Bundesrepublik drohende Strafverfolgung bezeichnet.

Der Verlauf des Dortmunder Parteitages der SPD vom 1. bis 5. Juni 1966 enttäuschte die kommunistischen Hoffnungen: Das Parteivolk scharte sich geschlossener denn je um seine

Führer. Die breite Zustimmung zur Politik des Parteivorstandes bezog sich auch — oder vielmehr gerade — auf den Kurs gegenüber der SED. Weder für einen offiziellen Kurswechsel der SPD noch für ein Gegeneinander-Ausspielen von Führung und Gefolgschaft boten sich Ansatzpunkte. Die Kommentare der SED fielen entsprechend scharf aus; die bisherige Taktik, die Differenzen mit der SPD zurückzustellen, wurde aufgegeben. „In den Referaten und Beschlüssen von Dortmund“, so hieß es in einer Ost-Berliner Stellungnahme von Anfang Juli, „wurde deutlich, daß die SPD-Führung die Vorschläge für eine Versachlichung der Beziehungen zwischen SED und SPD ablehnt, daß sie keine eigene sozialdemokratische Alternative zur Politik der Bundesregierung zu bieten hat, daß sie sich in die Rolle eines Vorreiters einer flexiblen imperialistischen Revanchepolitik drängen läßt und daß sie grundsätzlich mit der Staats- und Wirtschaftspolitik des Monopolkapitals übereinstimmt.“ Diese Bewertung bedeutete das Gegenteil der Annahmen, die Arzumanjan und Ulbricht im September 1964 dem Postulat eines neuen Kurses gegenüber der Sozialdemokratie zugrunde gelegt hatten.

Die Angriffe der SED richteten sich nunmehr vor allem gegen den Parteivorsitzenden Willy Brandt: Er wolle die Arbeiter vom „Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter“ ablenken, den westdeutschen „Revanchismus ... verniedlichen“ und bei der „verhängnisvollen Unterstützung der CDU/CSU-Politik“ bleiben, und es gehe ihm darum, „berechtigte nationale Anliegen ... für eine bewußte revanchistische Taktik gegenüber der DDR einzusetzen“⁶⁾.

Die veränderte Haltung der SED in der Frage des Dialogs mit der SPD deutete sich erstmals am 9. Juni 1966 in einem Fernsehkommentar Karl-Eduard von Schnitzlers an: „Die SPD-Führung ist antikommunistisch, sie ist von heißem Haß gegenüber der DDR erfüllt. Hat ein Dialog, ein Redneraustausch mit einer solchen Parteiführung eigentlich einen Sinn?“⁷⁾.

Am 16. Juni kritisierte Walter Ulbricht die Haltung des Parteivorstandes der SPD: Dieser sei nicht bereit, „eine sozialdemokratische Alternative zu der das deutsche Volk schädigenden CDU/CSU-Politik zu entwickeln“, sondern habe sich statt dessen „mit der CDU-Politik solidarisch erklärt“. Wie Ulbricht andeutete, entfiel damit die moralische Basis für einen Redneraustausch. „Will die SPD-Führung den Dialog in Hannover führen mit den Entwürfen der Notstandsverfassung, den Richtlinien für

⁶⁾ 12. Parteitag der SPD in Dortmund, in ddz 361/19, 24, 26, 25.

⁷⁾ Die Welt vom 10. 6. 1966 (D. F., Berlin).

den verdeckten Krieg und dem grauen Plan der Bonner Regierung als Redemanuskript? Glaubt die SPD-Führung etwa, daß diese Musterexemplare neonazistischer Regierungspolitik der CDU, auch wenn sie von SPD-Funktionären verbreitet werden, Begeisterung für ein solches kapitalistisch formiertes Deutschland hervorrufen werden? Glauben sie, daß sie mit solchen Dokumenten unter dem Arm in Karl-Marx-Stadt begeistert empfangen werden?"

Seitdem richtete sich das Verhalten der SED immer deutlicher darauf, sich von dem vorgesehenen Redneraustausch zurückzuziehen. Das Zentralkomitee der SED forderte Mitte Juni, daß die technischen Vorgespräche beider Parteien, die bisher abwechselnd in Ost- und West-Berlin stattgefunden hatten, nunmehr in Ost-Berlin und Bonn — als den „Hauptstädten beider deutscher Staaten“ — geführt werden müßten. West-Berlin wurde mit der provozierenden Begründung abgelehnt, daß es nicht zur Bundesrepublik gehöre. Gegen das Bonner Gesetz über „freies Geleit“ für SED-Redner, das Mitte Juni fertiggestellt wurde, entfaltete sich eine heftige Kampagne unter den Parolen „Handschellengesetz“ und „Rechtsanmaßung“. Obwohl es im Gegensatz zu dem bisherigen Zustand die persönliche Sicherheit aller SED-Funktionäre gewährleistete, die bei einem Redneraustausch in die Bundesrepublik kommen würden, wurde es jetzt als ein absolutes Hindernis für die vorgesehene Veranstaltung hingestellt. Das war ein Vorwand, wie auch Walter Ulbricht am 16. September 1966 durchblicken ließ, als er die „Ablehnung politischer Verhandlungen zwischen den Parteiführungen von SED und SPD“ als den entscheidenden Grund für die Absage des Redneraustausches nannte. Nunmehr wurden als Vorbedingungen dafür, daß die vereinbarten Veranstaltungen stattfinden könnten, der offizielle Verzicht der Bundesrepublik auf den Alleinvertretungsanspruch und die Zustimmung der SPD zu den Anklagen des Ostblocks gegen die USA in der Vietnam-Frage⁹⁾ gefordert — was beides keine Aussicht auf Erfüllung hatte. Mitte Juni verhärtete sich auch die Haltung des „DDR“-Vertreters bei den Passierscheingesprächen, die daraufhin scheiterten.

Die Führung der SED kleidete ihre Absage in die Formel: „Der Dialog geht weiter.“ Diese

⁹⁾ Die zweite Forderung taucht erstmals in einem Brief von W. Ulbricht an K. Jaspers vom 1. 6. 1966 auf, aber es ist wohl kein Zufall, daß dieser zunächst nicht veröffentlicht wurde (Publikation am 10. 6. 1966 im „Neuen Deutschland“ [hinfort: ND]).

Parole sollte nicht nur verschleiern, daß der Redneraustausch an der SED gescheitert war. In ihr war auch die Absicht der SED zum Ausdruck gebracht, die begonnene Kampagne fortzuführen. In Anbetracht des Umstandes, daß die SPD für die kommunistischen Avancen noch nicht so reif war, wie die SED-Führer zunächst gemeint hatten, wurde der Redneraustausch als eine zunächst ungeeignete Form des Dialogs verworfen. Walter Ulbricht gab am 16. Juni offen zu erkennen, daß der „weitere Gang des Dialogs zwischen SED und SPD“ wesentlich von der künftigen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kurs der CDU/CSU abhängen werde. Solange die anti-kommunistische Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei fort dauerte, war es für die Führer der SED enttäuschend und gefährlich zugleich, eine Aussprache zu beginnen, bei der ihr Meinungsmonopol in der „DDR“ nicht mehr voll aufrechterhalten wurde. Daher zogen sich die Führer der SED wieder auf einen gesamtdeutschen „Dialog“ in Form einer einseitig in die Bundesrepublik hineingetragenen Agitationskampagne zurück¹⁰⁾. Auf diese Weise gedachten sie abzuwarten, bis die westdeutsche Situation für weitere Vorstöße reif sei. „Obwohl die SPD-Führung mit ihrer verhängnisvollen Politik den notwendigen Prozeß des Umdenkens in Westdeutschland in negativer Weise beeinflußt, wird sie ihn nicht verhindern können.“¹⁰⁾

Das Verhalten der SED-Führung in der Frage des Redneraustausches mit der SPD zeigt, in welchem Ausmaß ideologische Prämissen den deutschen Kommunisten den Blick für die Wirklichkeit verstellen können. Die Hoffnung auf ein Klassenbündnis von SED und SPD gegen die CDU/CSU als der „Partei des Monopolkapitalismus“ entsprach zwar den kommunistischen Vorstellungen vom Klassenkampf in den „kapitalistischen“ Ländern, nicht aber der politischen und psychologischen Situation in der Bundesrepublik. Die in Westdeutschland sich mehrenden Anzeichen des Unbehagens und der Opposition gegenüber einer als verfehlt erscheinenden amtlichen Deutschland-Politik konnte Ost-Berlin offenbar nicht anders als einen prokommunistischen Frontwechsel weiter Bevölkerungsteile deuten — was den Realitäten überhaupt nicht gerecht wurde.

⁹⁾ Die „Zehn Fragen an die Bundesregierung“ im ND vom 7. 8. 1966 und die „Sechs Fragen an die SPD-Führung, die der Sicherung des Friedens dienen“, im ND vom 22. 10. 1966 sind offensichtlich in diesem Zusammenhang zu verstehen.

¹⁰⁾ 12. Parteitag der SPD in Dortmund in: ddt 361/19.

3. Die Frage der Einwirkung von seiten anderer Ostblock-Länder

a) UdSSR

Die neue Linie der SED, die zu den Offenen Briefen an die SPD vom Frühjahr 1966 führte, ist offenbar vorher mit der KPdSU abgesprochen worden. Die Rede, in der Erich Honecker am 15. Dezember 1965 die neue Parole vom „Bündnis der Arbeiterklasse“ herausstellte, bildete erklärtermaßen das Fazit eines unmittelbar vorangegangenen Moskau-Besuches. Nachdem die neue Linie grundsätzlich bereits im September 1964 sowohl von der KPdSU als auch von der SED verkündet worden war, ist während Honeckers Aufenthalt in Moskau vermutlich Übereinkunft darüber erzielt worden, daß die Zeit für ein entsprechendes Vorgehen in der Bundesrepublik nunmehr herangereift sei.

Die Parolen, welche die KPdSU gleichzeitig ausgab, entsprachen voll dem neuen Kurs der SED. Am Tage nach der Abreise Honeckers aus Moskau, am 12. Dezember 1965, veröffentlichte die „Prawda“ aus Anlaß des 5. Jahrestages der Erklärung der 81 kommunistischen Parteien von 1960 eine Stellungnahme zu den Problemen der internationalen kommunistischen Bewegung. Darin wurde eine Aktivierung des Kampfes gegen die „imperialistischen Kräfte“ gefordert, wobei je nach Situation der Einsatz von „friedlicher“ oder bewaffneter Macht für notwendig erklärt wurde — eine Darlegung, die mit dem Standpunkt der SED genau übereinstimmte. Ebenso wie in den Äußerungen der SED wurde die Arbeiterbewegung als der entscheidende Faktor des „antiimperialistischen Kampfes“ in den „kapitalistischen Ländern“ bewertet. Demzufolge sollte der „Kampf gegen den Klassenfeind“ mittels der „Einheit aller Abteilungen der Arbeiterbewegung“ geführt werden. Der „marxistisch-leninistischen Avantgarde“, also den kommunistischen Parteien, fiel dabei die Aufgabe zu, die Arbeiterklasse zu organisieren und die sonstigen Oppositionskräfte um diesen Kern zu sammeln. Dem Prawda-Artikel zufolge war dabei so zu verfahren, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft und des Volkes für den Kampf um die gesellschaftlich-politischen Forderungen der Kommunisten mit Hilfe vorgeschobener „Friedensziele“ gewonnen und mobilisiert werden sollten. Als Endziele wurden der „Übergang der grundlegenden Produktionsmittel in die Hände des Volkes“, die „Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse“ und die „Diktatur des Proletariats“ angestrebt. Alle diese Punkte lassen sich, wenn auch zumeist in weniger

offenen Formulierungen, in den Stellungnahmen der SED wiederfinden.

Bevor sich das Zentralkomitee der SED zu der Antwort auf den ersten Offenen Brief des SPD-Parteivorstandes entschloß, in der es sich zu der versuchsweisen Durchführung eines Redneraustausches bereit erklärte, scheinen Beratungen mit sowjetischen Stellen in Ost-Berlin stattgefunden zu haben. Als Zeitraum kommt hier die Woche des so auffälligen totalen Ost-Berliner Schweigens vom 19. bis 26. März 1966 in Frage. Der stets außerordentlich gut unterrichtete Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, Otto Frei, berichtete am 27. März, daß die Antwort der SED-Führung an die SPD „wahrscheinlich nach einer Absprache mit Moskau“ erfolgt sei, und fügte am 17. April hinzu, es bestehe „kein Zweifel“ daran, daß Ost-Berlin „im engen Einvernehmen mit Moskau“ handle¹¹⁾. Die Übereinstimmung von KPdSU und SED in der Frage des Dialogs mit der SPD kommt auch in zahlreichen beifälligen Kommentaren in Presse und Rundfunk der UdSSR in der Zeit von Mitte April bis Ende Mai zum Ausdruck. Mehrfach erhielten in sowjetischen Zeitungen führende SED-Funktionäre — Walter Ulbricht, Hermann Matern und Joachim Hermann (Staatssekretär für gesamtdeutsche Fragen) — selbst das Wort zu diesem Problem. Da ein Abdruck der sowjetischen Presse in aller Regel eine sehr weit reichende Billigung von amtlicher Seite impliziert, ist anzunehmen, daß der Kurs der SED den Wünschen der KPdSU entsprach.

Überdies stimmten die Stellungnahmen sowjetischen Ursprungs mit den Thesen der SED überein — und zwar sowohl wenn sie einem russischen als auch wenn sie einem deutschen Publikum galten. In ihnen zeichneten sich folgende Grundlinien ab:

1. Die beabsichtigte Einflußnahme richtete sich auf die Anhängerschaft der SPD;
2. Ziel des Dialogs mit der SPD sollte die Herstellung einer Aktionseinheit, nicht ein Schlagabtausch sein;
3. in der Polemik gegen die SPD-Führung hielt man sich sehr zurück, und das Vorgehen war darauf abgestellt, einen — vermeintlich schon sehr stark vorhandenen — Druck der Sozialdemokraten auf ihre Führer weiter zu entfalten;

¹¹⁾ Neue Zürcher Zeitung vom 18. 3. 1966 und 18. 4. 1966

4. vollgültige Verhandlungen von SED und SPD wurden als Mittel einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands hingestellt, für die außerdem eine vorausgehende gesellschaftlich-politische Umwälzung in der Bundesrepublik unerlässlich sein sollte;

5. es trat ein starkes Interesse an dem Zustandekommen des Dialogs hervor — sein etwaiges Scheitern wurde als im Sinne der CDU/CSU liegend bezeichnet.

Bis Ende Mai befürworteten alle sowjetischen Äußerungen trotz deutlicher Kritik am Verhalten der SPD-Führung die Durchführung des Dialogs in den vorgesehenen Formen. Dabei hoffte man erklärtermaßen auf den Einfluß, den die breite Masse der sozialdemokratischen Anhänger geltend machen werde. Das alles entsprach ganz dem Kurs der SED. Es fällt jedoch auf, daß Leonid Breshnew in dem Rechenschaftsbericht vor dem 23. Parteitag der KPdSU vom 29. März 1966 die westdeutschen Arbeiter nicht an der Seite der Arbeiter Frankreichs und Italiens als auf dem Wege des Fortschritts befindlich erwähnte. Im Unterschied zu den Stellungnahmen der SED nahmen die sowjetischen Kommentare im Mai auf die Bonner Entwürfe zu einem Gesetz über „freies Geleit“ keinen Bezug.

Seit dem Dortmunder Parteitag der SPD verschwand in der Sowjetunion das Thema des Dialogs zwischen den „beiden deutschen Arbeiterparteien“ schlagartig aus Presse und Rundfunk. Bereits am 7. Juni — also zwei Tage vor der ersten Ost-Berliner Stellungnahme — deutete die „Prawda“ in versteckter Form an, daß der Redneraustausch nicht mehr den sowjetischen Wünschen entsprach. In einer langatmigen Routine-Polemik über den westdeutschen „Revanchismus“ versteckt, hieß es, die amtlichen Kreise in der Bundesrepublik, vom „Bundeskanzler und den Führern der Parteien“ angefangen, schürten „Feindseligkeit und Haß gegen die Sowjetunion“. Damit war nunmehr im Gegensatz zu der bisherigen Sprachregelung auch dem SPD-Vorstand ausdrücklich ein Platz unter den unverbesserlichen Friedensfeinden angewiesen. Mehr freilich als die Haltung der SPD-Führer, von denen man sich in Moskau auch vorher nicht allzu viel Gutes versprochen hatte, durchkreuzte die Haltung des sozialdemokratischen Parteivolkes, wie sie in Dortmund sichtbar geworden war, die sowjetischen Pläne. Die „Prawda“ beklagte, daß es der „herrschenden Klasse“ in Westdeutschland gelinge, „den passenden Schlüssel zur Seele der Menschen zu finden“. Demzufolge verbreite sich „der Geist des nationalen Hochmuts in der BRD wie eine

Seuche“ und dringe „auch in die Arbeiterklasse ein“. Als betrübliches Resultat wurde herausgestellt, daß sich die „Klassenwachsamkeit und -aktivität [der westdeutschen Arbeiterschaft] im Kampf gegen die Monopole um die sozialen und demokratischen Rechte“ empfindlich verringert habe. Diese pessimistische Darstellung kontrastierte sehr mit den hochgespannten Erwartungen, welche die sowjetische Publizistik bisher auf die Arbeiter und manche Intellektuelle in der Bundesrepublik gesetzt hatte. Die „Prawda“ forderte, daß im Zuge einer „Entlarvung der revanchistischen Pläne des westdeutschen Imperialismus“ die „friedliebenden Kräfte“ in der Bundesrepublik mit den „friedliebenden Kräften aller europäischen Staaten“ ein Bündnis eingehen müßten. Damit war die Parole einer Kooperation zwischen SED und SPD fallengelassen. Die zeitliche Priorität des „Prawda“-Artikels vom 7. Juni vor den Ost-Berliner Kommentaren und die Übereinstimmung der SED-Motivation mit der sowjetischen Linie lassen den Schluß zu, daß die Absage des Redneraustausches von Moskau ausgegangen ist.

Die sowjetischen Stellungnahmen lassen erkennen, daß die Führer der KPdSU die Hoffnung aufgegeben hatten, in baldiger Frist etwas an folgenden — ihren Plänen in Deutschland entgegenstehenden — Tatbeständen ändern zu können:

1. an der Weigerung der SPD, sich dem von der SED proklamierten Aktionsprogramm anzuschließen;
2. an der demokratischen Solidarität der sozialdemokratischen Oppositionspartei mit den „bourgeois“ Regierungsparteien der Bundesrepublik;
3. an der westlich-atlantischen Orientierung der westdeutschen Sozialdemokraten.

Wie in der sowjetischen Publizistik stark betont wurde, kam ein offizielles Gespräch zwischen SED und SPD nicht mehr in Frage, solange die SPD als Vorhut des westlichen Lagers auftrete und im Verhältnis zur SED eine Konfrontation der Standpunkte statt einer Zusammenarbeit zu den kommunistischen Bedingungen erstrebe. Nach sowjetischer Darstellung konnte es nicht zugelassen werden, daß die westdeutschen Sozialdemokraten westliche Gedanken in die „DDR“ trugen. Erst wenn die SPD, so lautete der Schluß, mit der „Reaktion“ in der Bundesrepublik und in den anderen westlichen Ländern breche, könne sie wieder Verbindung zur SED anknüpfen.

Es ist im übrigen sehr aufschlußreich, daß die These von der unerträglichen „Rechts- und

Alleinvertretungsanmaßung" der Bundesrepublik, mit der Ost-Berlin die Absage des Redneraustausches offiziell begründete, in den sowjetischen Verlautbarungen völlig fehlte. Auf das Bonner „Gesetz über freies Geleit“ wurde nur einmal Bezug genommen — und dann in einem völlig anderen Sinne: Durch ihre Mitwirkung an diesem Gesetz, so erklärte die „Prawda“ am 6. Juli, habe die SPD auf eine „selbständige Position“ verzichtet und sich „an den Schwanz der CDU“ geheftet. Nach dieser Darlegung wäre es die Pflicht des sozialdemokratischen Landes Niedersachsen gewesen, mit seiner Polizei die zu der Redeveranstaltung in Hannover erwarteten SED-Gäste gegen die Bundesregierung zu schützen. Was die sowjetischen Führer an dem angegriffenen Gesetz störte, waren also nicht die von der SED ausgespielten juristischen Implikationen, sondern enttäuschte Hoffnungen, daß die Frage des Schutzes für die SED-Redner als Hebel dienen könnte, um einen Bruch zwischen SPD und CDU/CSU herbeizuführen.

Wie die SED so erklärte auch die KPdSU, daß der Dialog zwischen den „beiden deutschen Arbeiterparteien“ trotz des abgesagten Redneraustausches weitergehe. Statt auf offizieller Ebene sollte das Gespräch nunmehr in Form einer agitatorischen Einflußnahme auf die individuellen Gefolgsleute und die lokalen Organisationen der SPD verwirklicht werden. Der Vorteil dieses Vorgehens lag für Moskau darin, daß hierbei die Einseitigkeit der Beeinflussung gewährleistet war und damit keine negativen Rückwirkungen auf die „DDR“ zu befürchten standen. Als Nachteil mußte freilich eine stark verminderte Glaubwürdigkeit der kommunistischen Kooperationsappelle in Kauf genommen werden. Dementsprechend lassen die sowjetischen Stellungnahmen klar erkennen, daß Moskau seine innenpolitischen Erfolgchancen in der Bundesrepublik nach der Absage des Redneraustausches für erheblich verringert erachtete.

In allen entscheidenden Stadien des Dialogs tritt der bestimmende Einfluß Moskaus auf Ost-Berlin hervor. Offensichtlich sieht sich das SED-Regime veranlaßt, sich in allen wichtigeren praktischen Schritten, die es im Rahmen der Ost-West-Beziehungen unternimmt, nach den Wünschen der sowjetischen Schutzmacht zu richten. Einen größeren Spielraum besitzt es allem Anschein nach nur dort, wo es sich um bloße agitatorisch-propagandistische Attacken gegen den Westen handelt, die keine unmittelbaren praktischen Komplikationen heraufbeschwören können.

b) Polen

Die Stellungnahme der polnischen Presse zur Frage des Dialogs und vor allem des Redneraustausches gaben Zurückhaltung und Skepsis zu erkennen. Die negativen Gesichtspunkte wurden von Anfang an stark hervorgehoben:

1. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, der auch von der SPD unterstützt werde, lasse sich mit der staatlichen Würde der „DDR“ nicht vereinen;
2. die Absichten der SPD ständen in Widerspruch zu den Zielen der SED: Statt auf eine proletarische Gemeinsamkeit hätten es die Führer der SPD auf eine Offensive gegen die „DDR“ abgesehen, und so drohe der Redneraustausch ein „trojanisches Pferd“ in die Reihen der SED zu ziehen;
3. die CDU/CSU sabotiere das Unternehmen und gefährde die persönliche Sicherheit der in die Bundesrepublik zu entsendenden SED-Redner.

Da die polnische Haltung von Anfang an negativ war, ohne daß sich die SED-Führung davon beirren ließ, kann angenommen werden, daß die polnische Partei keinen wesentlichen Einfluß auf den Kurswechsel der SED von Anfang Juni 1966 genommen hat. Als Motiv der polnischen Besorgnisse vor einem Redneraustausch möchte man vermuten, daß Warschau Unbehagen angesichts der Möglichkeit empfand, die beiden Teile Deutschlands könnten einander näherrücken und dabei an Stärke gewinnen — und zwar auch dann, wenn dies unter vorherrschend kommunistischen Vorzeichen geschehen sollte.

c) CSSR

Die tschechoslowakische Beurteilung des Dialogs zwischen SED und SPD zeichnete sich durch bemerkenswerten Realismus aus. Der Dialog wurde nicht — wie in den Stellungnahmen der SED und der KPdSU — als Beginn einer gemeinsamen Politik der beiden beteiligten Parteien, sondern als eine unerbittliche Konfrontation angesehen. Wehners Wort vom „Schlagabtausch“, gegen das sich die SED heftig wandte, war nach Ansicht der KPČS der Auseinandersetzung durchaus angemessen, um die es gehe. Die Konfrontation der beiden deutschen „Arbeiterparteien“ wurde in der ČSSR voll bejaht. Von ihr erhoffte man sich eine Bewegung der erstarrten Fronten in Mitteleuropa. Der SED wurde dabei Mut zugesprochen: Sie habe durch ihre überlegenen Argumente einen guten Stand und brauche daher die einsetzende Dynamik nicht zu fürch-

ten. An kritischen Bemerkungen über die Haltung der SPD und die in der Bundesrepublik gegebenen Voraussetzungen war kein Mangel — aber die tschechoslowakischen Kommentatoren ließen nichts davon als Hindernis für die als notwendig betrachtete gesamtdeutsche Aussprache gelten. Man hoffte zuversichtlich darauf, daß ein kraftvolles Vorgehen der SED seine Wirkung auf die breiten Massen der westdeutschen Arbeiterklasse schließlich doch nicht verfehlen werde. Als Fernziel tauchten eine Verständigung der Deutschen und die Lösung der deutschen Frage am Horizont auf.

Wie sehr sich die Haltung der KPČS von derjenigen der SED unterscheidet, zeigte sich daran, daß im Mai die Bonner Entwürfe für ein Gesetz über „freies Geleit“ als ein Sieg der SPD über die CDU/CSU gefeiert wurden, der nunmehr den Redneraustausch völlig sichere. Die tschechoslowakischen Kommentatoren ließen dabei keinen Zweifel daran, daß sie den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, der diesem Gesetz zugrunde lag, scharf ablehnten.

4. Fazit

Die Einwirkung der kommunistischen Staaten auf ihre Außenwelt findet auf zwei verschiedenen Ebenen statt: auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen und auf der Ebene der „gesellschaftlichen“ Aktion innerhalb anderer Länder. Die Initiative der SED zu einem Dialog mit der SPD gehört in die zweite Kategorie. Als Ziel tritt eine politisch-soziale Umwälzung in der Bundesrepublik hervor, zu der angesichts der Schwäche der kommunistischen Kräfte die SPD ihre Hand bieten sollte. Dementsprechend war der Dialog zwischen den „beiden deutschen Arbeiterparteien“ grundsätzlich als Prozeß einer einseitigen agitatorischen Einflußnahme der „DDR“ auf die Bundesrepublik und als Motor einer Angleichung der SPD an die SED gedacht. Soweit sich die sozialdemokratischen Führer hierzu nicht bereit zeigen würden, sollten ihre Anhänger gegen sie ausgespielt werden. Der Dialog war, soweit er auf die „DDR“ zurückwirken konnte, an die Voraussetzung gebunden, daß die SPD mit der SED gemäß deren Bedingungen kollaborierte und damit von vornherein auf den Import eines nicht-kommunistischen Standpunktes in die „DDR“ verzichtete. Die Führer der SED beurteilten die Aus-

ten. Als entscheidend jedoch stellten sie nicht diesen Rechtsstandpunkt, sondern die praktische Möglichkeit des Redneraustausches heraus. Welche Wichtigkeit die tschechoslowakischen Parteiführer dem gesamtdeutschen Dialog beimaßen, zeigte sich daran, daß die Titelseite der Juni-Ausgabe der parteiamtlichen Zeitschrift für internationale Politik, „Mezinárodní politika“, Bilder von Walter Ulbricht und Willy Brandt sowie das Motto: „SED — SPD“ brachte.

Der Verlauf des Dortmunder Parteitages der SPD konnte für die KPČS offensichtlich keinen Grund bilden, der die SED zu einer Absage des Redneraustausches veranlassen sollte, schließlich hatte sie die hier zerstörten Illusionen über eine „Aktionsgemeinschaft“ von SED und SPD schon vorher nicht geteilt. Von seiten der KPČS kann die SED also nicht im Sinne eines Kurswechsels beeinflußt worden sein. Vielmehr löste es in Prag großes Bedauern aus, daß die SED den begonnenen Dialog mit der SPD abbrach.

sichten hierfür zunächst allzu optimistisch, weil sie die Opposition, die sich innerhalb der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik gegen die Regierung regte, als Kampf gegen diese Ordnung selbst mißverstanden. Als dann aber deutlich wurde, daß die „rechte“ Führung der SPD Herr der Situation in der Partei war und daß sich auch die sozialdemokratische Anhängerschaft nicht von der bundesdeutschen Solidarität zur Aktionseinheit mit der SED überwechseln wollte, wurde der Dialog von seinen kommunistischen Initiatoren auf ein bloßes Agitationsmanöver ohne Einsatz reduziert: SED und KPdSU hielten im Gegensatz zur tschechoslowakischen Partei eine Konfrontation der Standpunkte für allzu gewagt. In diesem Verhalten offenbart sich die moralische Schwäche der kommunistischen Position in Deutschland: Statt sich auf irgendeine öffentliche Auseinandersetzung einzulassen, entschieden sich die Verantwortlichen in Ost-Berlin und Moskau dafür, sich ausschließlich auf ihre durch militärische und polizeiliche Gewalt abgesicherten Machtpositionen zu verlassen, deren sinnfälligster Ausdruck, die Berliner Mauer, in der Deutschland-Politik von SED und KPdSU eine zentrale Rolle spielt.